

Stenographisches Protokoll.

59. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich.

III. Gesetzgebungsperiode.

Mittwoch, 10. Oktober 1928.

Inhalt.

Regierungsvorlagen: 1. Freundschafts-, Handels- und Konsularvertrag zwischen der Republik Österreich und den Vereinigten Staaten von Amerika (B. 218);

2. Aufwertung der Renten nach dem Arbeiter-Unfallversicherungsgesetz (B. 219) (1751).

Verhandlung: Fortsetzung der ersten Lesung der Regierungsvorlage, betr. die Mietengesetznovelle (B. 192) — Buchinger (1751), Scheibin (1757), Pistor (1761), Dr. Renner (1767).

Ausschüsse: Vorlage des II. Berichtes des Obmannes des Unvereinbarkeitsausschusses über die Beschlüsse dieses Ausschusses an den Präsidenten (1751).

Zuweisung der Regierungsvorlagen B. 218 an den Ausschuß für Handel, B. 219 an den Ausschuß für soziale Verwaltung, des Antrages Nr. 174 an den Justizausschuß (1776).

Eingebracht wurde:

Anfrage: Dr. Schönbauer, Bichl, Strießnig, Minister für Land- und Forstwirtschaft und Finanzminister, betr. das Ausführverbot für Futtermittel (104/1).

Präsident **Mitlas** eröffnet die Sitzung um 3 Uhr 10 Min. nachm. und erklärt die Protokolle über die Sitzungen vom 4. und 5. Oktober als genehmigt.

Der Herr Obmann des Unvereinbarkeitsausschusses hat an den Präsidenten des Nationalrates den II. Bericht über die Beschlüsse dieses Ausschusses gerichtet. Dieser Bericht wird wie seinerzeit der I. Bericht des Unvereinbarkeitsausschusses vervielfältigt und jedem Mitglied des hohen Hauses übermittelt werden.

Eingelangt sind Regierungsvorlagen, betr.: 1. Freundschafts-, Handels- und Konsularvertrag zwischen der Republik Österreich und den Vereinigten Staaten von Amerika (B. 218); 2. Aufwertung der Renten nach dem Arbeiter-Unfallversicherungsgesetz (B. 219).

Es wird zur Tagesordnung übergegangen, das ist die Fortsetzung der ersten Lesung der Regierungsvorlage, betr. die Mietengesetznovelle (B. 192).

Buchinger: Hohes Haus! Durch mehrere Tage beschäftigt sich der Nationalrat mit der Vorlage der Bundesregierung, betr. die Abänderung des Mietengesetzes, mit der Mietengesetznovelle. Die Vorlage wird mit außerordentlicher Gründlichkeit behandelt. Das ist auch ganz richtig, sie bedeutet ja ein sehr

großes wirtschaftliches Problem. Das Mieterschutzgesetz wurde während des Krieges eingeführt und hat bis auf wenige Abänderungen noch heute Gültigkeit. Die außerordentlichen Verhältnisse während des Krieges und in der Nachkriegszeit bedingten auch außerordentliche Maßnahmen. So war es auch auf allen anderen Gebieten. Während des Krieges und auch nach dem Kriege setzte die staatliche Bewirtschaftung der meisten Lebensmittel und Bedarfsartikel ein, und gerade die Einführung der zentralen Bewirtschaftung, die auf einer ganz falschen Grundlage aufgebaut war, nämlich auf der Grundlage der Höchstpreise, die in Wirklichkeit nur Mindestpreise sein sollten, um produktionsfördernd zu wirken, bewirkte, daß die Waren verschwanden, und so hat die staatliche Bewirtschaftung nicht jenen Effekt erzielt, den sich ein großer Teil der Bevölkerung von ihr erwartet hat. Als die zentrale Bewirtschaftung immer weiter um sich griff, als Beschlagnahmen vorgenommen und sogar die Futterrationen für das Vieh, für die Kinder der Landwirte einer Rationierung unterworfen wurden, stieg die Not auf das allerentsetzlichste. Kein Fleisch, keine Milch, äußerst geringe Ernten, kein Brot und beinahe kein Mehl, alle Lebensmittel standen der Bevölkerung nur in einem höchst geringen Ausmaße zur Verfügung. Erst mit dem Abbau der Zwangswirtschaft, als die Landwirtschaft so halbwegs, halbwegs annehmbare Preise erzielen konnte, wurde es wieder möglich, daß Lebensmittel in Fülle und Fülle zur Verfügung standen. Und welcher großen Aufschwung in der Produktion hat die österreichische Landwirtschaft nach der Aufhebung der zentralen Bewirtschaftung aufzuweisen gehabt! Wären die Zwangsmaßnahmen in der zentralen Bewirtschaftung nur um ein Jahr früher aufgehoben worden, die Not und Entbehrung aller Schichten der Bevölkerung hätten ganz sicher bedeutend früher aufgehört.

Die Landwirtschaft war es, die vor allem die Aufhebung dieser zentralen Bewirtschaftung verlangte, aber leider meist taube Ohren fand, bis die katastrophale Lage immer drückender, bis sie unhaltbar geworden war. Rasch wurde es dann anders, und heute redet beinahe niemand mehr von den Segnungen jener zentralen Bewirtschaftung, und die ganze Bevölkerung ist froh, daß sie diese Epoche doch endlich einmal überwunden hat. Was gab es nur für einen Lärm anlässlich der Aufhebung der

Brotzuschüsse! Die Industrie, die Arbeiterschaft, alle zusammen, hieß es, könnten das Brot zu den tatsächlichen Preisen nicht bezahlen. Was war der Schlusseffekt davon? Lebensmittelf Kredite haben wir vom Auslande erhalten, aber die Lebensmittel wurden aus gegeben, und die Schulden standen dem Staat Österreich zur Verfügung. Das war das Finale. So manche waren der Meinung, daß gerade das Heil der Zukunft der österreichischen Bevölkerung nur von den Höchstpreisen abhängig ist, die ich mir schon anzuführen erlaubt habe. Der Schleichhandel feierte wahre Orgien, und im Schleichhandel mußten die höchsten Preise bezahlt werden.

Ganz ähnlich ist es auch mit dem Mietengesetz. Würde das österreichische Mietengesetz unserer Wirtschaft schon längst angepaßt worden sein, so meine ich, die Behauptung aufstellen zu können, daß die Wohnungsnot sicherlich mehr als gelindert wäre, daß wir heute keine Wohnungsnot mehr aufzuweisen hätten. Es herrscht heute noch in Wien eine Wohnungsnot, trotzdem die Gemeinde Wien so viele große Bauten aufgeführt hat. Wenn ich noch hinzufügen darf, daß die Bevölkerungszahl von Wien bedeutend niedriger ist als in der Friedenszeit, so gibt das zu denken, und die gesunde Logik muß einem sagen, daß heute Wohnungen teils unbenutzt stehen, teils vielleicht von manchen Leuten zu große Wohnungen gehalten werden, weil beinahe nichts bezahlt wird dafür. Wir hätten unser Mietenrecht in die ganze natürliche Lage unserer Wirtschaft einfügen sollen, das wäre das erste und eiserne Gebot für uns gewesen. Was sehen wir, hohes Haus? Wir sehen, daß der Mieterschutz, als letztes Überbleibsel jener Zwangswirtschaft, bis zum heutigen Tage uns noch erhalten worden ist. Die Gebote der Wirtschaft allein hätten es schon mit sich bringen sollen, daß entsprechende Lockerungen herbeigeführt worden wären, wie es in anderen Staaten der Fall ist, die damit wirtschaftlich nicht schlecht gefahren sind. Leider hat Österreich den Boden seiner Wirtschaft in dieser Frage voll und ganz vergessen. Gingen ist der Mieterschutz ein Politikum geworden, und in der Politik kommt es leider oft vor, daß auf die elementarsten Grundsätze der Wirtschaft vergessen wird.

Wenn der Herr Altkanzler Dr. Renner in seiner letzten Rede hier im Haus erklärt hat, das entscheidendste Problem ist, daß wir eine wirtschaftliche Insel sind, die vom Verkehr abgeschlossen und von hohen Zollmauern umgeben ist, so glaube ich, daß es an der Zeit ist, daß wir diesen Ausspruch des Altkanzlers Dr. Renner einer näheren Betrachtung unterziehen. Es rollt sich von selbst die Frage auf: Warum sind wir vom Verkehr abgeschlossen? Wir sind vom Verkehr abgeschlossen, weil wir uns unserer Umgebung nicht angepaßt haben. Unsere Umgebung hat hohe Zollmauern aufgerichtet, und wir sind leider

unserer Umgebung nicht gefolgt. Ich darf das hohe Haus an die Beratung der ersten Zolllaristnovelle erinnern. Da war das Signal, das Lösungswort von seiten der Opposition: Hohe Zölle verteuern jeden einzelnen Haushalt. Unsere Behauptung hingegen ist: Zölle schützen nicht nur die Produktion, Zölle schützen das Leben, Zölle schützen die Existenz der Arbeiter, der Landwirte und der Gewerbetreibenden. Wenn das Ausland sich mit hohen Zollmauern umgibt, so ist es ganz klar und selbstverständlich, daß wir unseren Staat mit denselben Waffen auszurüsten gehabt hätten. Ganz besonders, meine verehrten Herren, ist uns bei der ersten Zolllaristnovelle der Vorwurf gemacht worden, daß hier die Agrarier einseitig in ihrer unerfätklichen Habgier die Bevölkerung ausplündern und auszuwurzeln wollen. Ich glaube, heute werden schon manche einer ganz anderen Meinung sein, wenn sie den Aufschwung bedenken, den die landwirtschaftliche Produktion genommen hat. Ich will nur den Milchzoll herausgreifen. Den Milchzoll haben wir uns gesichert, ohne dabei auf die Schultern der Konsumenten irgendeine Belastung legen zu müssen. Auch den Zuckerzoll muß ich hier hervorheben, der es allein mit sich gebracht hat, daß sich die Zuckerproduktion in Österreich so gehoben hat. Während wir im Jahre 1919 nur 9 bis 10 Prozent des Zuckerbedarfes aus der eigenen Ernte decken konnten, können wir heute mit Stolz darauf hinweisen, daß wir den Zuckerbedarf Österreichs zu 65 Prozent aus der eigenen Ernte decken. (Bravo! Bravo!) Das ist ein Ruhmesblatt in der Geschichte der österreichischen Landwirtschaft. (Zustimmung.) An dieser Deckung des Zuckerbedarfes aus der inländischen Ernte hat aber nicht nur die Landwirtschaft, sondern auch die Industrie ein besonderes Interesse. Während unsere Zuckerfabriken in den Jahren 1919 bis 1921 ihre Kapazität nur zu einem geringen Teile ausnutzen konnten, haben wir die Zuckerindustrie durch unseren Zoll so weit gestützt, daß die alten Fabriken mit ihrer Leistung nicht mehr das Auslangen finden und daß jetzt in Österreich zwei Zuckerfabriken neu erbaut werden. An diesem Beispiel ersuchen Sie, daß an einer Landwirtschaft, die keine Hemmnisse in ihrer Produktion und in ihrer Absatzmöglichkeit hat, auch die Industrie sowie die Arbeiter in hervorragendem Maße interessiert ist, ganz abgesehen von der Verbesserung unserer Handelsbilanz.

Der Zolllarist soll auch den Zweck haben, die Industrie und die Arbeiterschaft vor der Konkurrenz des Auslandes zu schützen. Wenn sich heute die Industrie darüber beklagt, daß sie mit manchen Artikeln aus dem Auslande überschwemmt wird, und wenn sich auch die Arbeiterschaft beschwert, so muß sich die Landwirtschaft ganz besonders beklagen, weil zu viele Agrarprodukte, hauptsächlich Mehl, Rinder und Schweine, aus dem Auslande zu uns

kommen. Es hat sich aus diesem Grunde die Notwendigkeit ergeben, den Zolltarif des Jahres 1924 zum drittenmal einer Abänderung zu unterziehen. Was hat es da für eine Aufregung gegeben, welche politischen Kämpfe fanden damals um die dritte Zolltarifnovelle statt, die das Postulat für die Wahlen des Jahres 1927 war!

Wenn wir uns über die übergroße Einfuhr aus dem Ausland beklagen, so haben wir dazu das volle Recht, und wenn wir uns heute darüber beschweren, daß wir Österreicher nicht exportieren können, so trifft das bei der Industrie, aber nicht weniger auch bei der Landwirtschaft zu. Denn das Ausland importiert zu uns, weil wir keinen entsprechenden Zollschutz besitzen, und die ablehnende Haltung der Opposition rächt sich jetzt voll und ganz an unserer Landwirtschaft.

Ich muß dem Herrn Altkanzler Dr. Renner für das Geständnis dankbar sein, daß Österreich eine wirtschaftliche Insel ist und daß wir vom Auslande durch hohe Zollmauern abgeschlossen sind. Vielleicht geht nun auch auf der anderen Seite ein verhelfungs-voller Wind und nimmt die Erkenntnis zu, daß wir auf die Dauer so nicht weiterarbeiten können. Wir sind eine wirtschaftliche Insel, der Verkehr ist abgeschnitten, wir sind von hohen Zollmauern umgeben. Die Schlussfolgerung daraus ist nach den Ausführungen des Herrn Dr. Renner die, daß die Mieterschutzinsel die natürliche Folge der Tatsache ist, daß wir eine wirtschaftliche Insel sind. Dem ist aber entgegenzuhalten, daß, weil unsere Produktion zu wenig geschützt ist und Österreich eine einsame Wirtschaftsinself ist, damit noch nicht gemeint sein kann, daß Österreich deshalb auch eine Insel der Seligen ist. Die Allgemeinheit spricht heute und sprach in der Vergangenheit vorwiegend von der Aufhebung des Mieterschutzes, es herrscht eine berechtigte Angst und eine Sorge um das Dach, um die Wohnung des einzelnen Mieters. Es fällt aber niemanden ein, den Mieterschutz abzubauen, es ist in puncto Mieterschutz auch nicht an eine Lockerung gedacht. In den Reihen unserer Bevölkerung herrscht aber in dieser Frage eine Ungewißheit, weil der einzelne nicht weiß, was in der Zukunft geschehen wird. Dieser Ungewißheit soll die jetzige Novellierung des Mietengesetzes Rechnung tragen, damit eben der einzelne weiß, wie er in der Zukunft daran ist. Ich glaube, es ist kein Geheimnis, daß unsere Mietenzwangswirtschaft offene Mängel aufweist. Nehmen Sie den Instandhaltungszins, so sehen Sie, daß er in alten, schlechten Häusern im Verhältnis zu dem in der Regierungsvorlage vorgesehenen Zinserhöhungen sehr hoch ist, während diejenigen, die gut untergebracht sind, die in neueren, besser erhaltenen Häusern wohnen, bedeutend weniger Instandhaltungszins zu bezahlen haben. Aber ein Moment darf man nicht vergessen. Früher war es usuell, daß jeder, der eine Wohnung

gebraucht hat, danach getrachtet hat, sie möglichst in der Nähe seiner Arbeitsstätte zu bekommen. Infolge des Mieterschutzes sind die Verhältnisse heute ganz anders geworden. Die Fahrt zur Arbeitsstätte ist mit viel Zeitverlust und großen Gelbtausgaben verbunden. Wenn man mit der Eisenbahn aus der Umgebung von Wien nach Wien hereinfährt, so sieht man, daß täglich Tausende und Tausende vom Lande nach Wien fahren, weil sie hier in Wien ihre Beschäftigung, ihre Werkstätte haben, und Hunderte und aber Hunderte sind es, die zuerst noch stundenweit zur Bahn zu gehen haben und dann erst eine einstündige Bahnfahrt machen müssen, was alles mit einem großen Aufwand an Zeit und Kosten verbunden ist, womit diese Leute, die in Wien beschäftigt sind, belastet werden. Man kann aber auch bemerken, daß heute in Wien soundsso viele wohnen, die draußen auf dem Lande ihre Beschäftigung haben und von Wien zu ihrer Arbeitsstätte aufs Land hinausfahren müssen. Das kann auch selbstverständlich nicht anders sein, weil auf dem Wohnungsmarkt nichts frei wird, weil niemand eine Wohnung bekommt. Ich muß schon fragen, wie hoch diejenigen, die in Wien wohnen und täglich zur Bahn gehen und mit der Bahn hieher fahren müssen, die Wohnung auf diese Weise zu stehen kommt. Es handelt sich gewiß um ziemlich große Beträge, die im Laufe eines Jahres dafür gebraucht werden.

Hohes Haus! Dem Herrn Altkanzler Dr. Renner hat es in der letzten Sitzung beliebt, auch uns Agrariern, der Landwirtschaft, seine ganz besondere Aufmerksamkeit zu schenken und uns ganz besondere Vorwürfe zu machen. Er meinte, wir haben den Brotzuschuß für die Arbeiter abgeschafft, aber den Getreidezuschuß für die Landwirte aus Staatsmitteln eingeführt. Die Getreidezölle sind seiner Ansicht nach ein Akt der Staatshilfe, sie sind die Umkehrung dessen, was die Brotzuschüsse waren. Ich glaube, diese Logik, dieser Gedankengang ist nicht zutreffend. Vor allem bekommen die Landwirte keinen Getreidezuschuß. Wenn wir der Opposition gefolgt und auf das Getreidemonopol eingegangen wären, dann hätten die Landwirte den Staatszuschuß erhalten, dann könnten Sie sagen, daß uns der Staat einen Staatszuschuß gibt. Dagegen haben wir einen Getreidezoll, der erst in jüngster Zeit als stabiler Zoll wirksam geworden ist. Die Getreidezölle sind nicht ein Zuschuß aus Staatsmitteln, sondern ein Schutz für die Produktion, die unbedingt einen solchen Schutz braucht. Umgekehrt ist es bei den Brotzuschüssen. Die Getreidezölle, die eingehoben werden, bringen dem Staate Einnahmen, bringen dem Staate bares Geld und gewähren dem Produzenten den nötigen Schutz, wenn sie die entsprechende Höhe haben. Die Brotzuschüsse aber haben dem Staate keine Einnahmen gebracht, sondern der Staat hat dabei tatsächlich daraufgezahlt, weil Mehl und Brot unter

den Gesteungskosten abgegeben wurden. Die Brotzuschüsse waren eine verbilligte Abgabe von Lebensmitteln, und der Staat muß noch heute die Schulden bezahlen, die er wegen der Brotzuschüsse gemacht hat.

Weiters hat Herr Dr. Renner gesagt: Sie appellieren fortwährend an die Staatshilfe, an die staatliche Zwangswirtschaft; Sie üben mit der Waffe der Zollgrenzen einen Zwang aus, damit keine Lebensmittel hereinkommen, ohne durch besondere Abgaben belastet zu werden, und die Differenz, die daraus entsteht, wächst Ihnen als erhöhter Getreidepreis zu! Nun, hohes Haus, auch dieses Argument stimmt nicht. Zölle haben mit Zwangswirtschaft sicherlich nichts zu tun. Wir haben ja die Zwangswirtschaft in der Vergangenheit an unserem Leibe zu spüren bekommen. Der Zoll ist kein Staatszuschuß, sondern ein Schutz der Produktion und bringt dem Staate Geld ein, während die Brotzuschüsse dem Staate nur Verluste gebracht haben.

Nun sagt Herr Dr. Renner in seinen Ausführungen noch weiter: Hier ist Ihnen die Staatshilfe recht, da sind Sie wieder einmal „Zollbolschewiken“! Nun, ich habe mich sehr gewundert, daß gerade Herr Dr. Renner uns Landwirte und Getreidebauern Zollbolschewiken genannt hat. Ich erinnere an jene Zeiten vor dem Jahre 1924, wo die Industrie einen Zollschutz hatte, der mit dem 10.000fachen Friedenszoll valorisiert war, während die Landwirtschaft mit ihren sämtlichen Artikeln ohne Zollschutz dagestanden ist. (Zustimmung.) Das war ein Zustand, den die Landwirtschaft auf die Dauer niemals hätte aushalten können: auf der einen Seite ihre Bedarfsartikel unter einem hohen Zollschutz zu höheren Preisen kaufen, auf der anderen Seite ihre eigenen Produkte ungeschützt und der Konkurrenz des Auslandes ausgeliefert.

Ich möchte weiters darauf hinweisen, daß uns Landwirte doch niemand ernstlich um den minimalen Zollschutz beneiden kann, den wir besitzen. Oder wollen Sie, meine verehrten Herren, daß die Produktion der Landwirtschaft gänzlich gedrosselt und unterbunden wird? Wollen Sie, daß die Landwirtschaft, die so viel geleistet hat, in diesem Lande schutzlos und vogelfrei sei? Daß wir in Österreich auf dem Gebiete der Landwirtschaft höhere Produktionskosten haben als anderswo, ist leicht zu beweisen. Erstens ist dies eine Folge der klimatischen Verhältnisse unseres Landes; zweitens hängt es mit den Fragen der Landarbeiter und ihrer Entlohnung zusammen; drittens und nicht zuletzt ist die Belastung der Landwirtschaft bei uns eine höhere als in anderen Staaten. Es ist eine bittere Tatsache, daß wir in Österreich durch unser UmLAGensystem, das nur auf den Realsteuern aufgebaut ist, höher belastet sind als in anderen Staaten. „Getreidebolschewiken“ und „Zollbolschewiken“ mußten wir uns nennen lassen bei einem Getreide- und

einem Weizenpreis pro 100 Kilogramm von 35 bis 36 S! Im vorigen Jahre war der Getreide- und Weizenpreis um 3 bis 4 S höher als heute. Wie die höchste Spannung der Getreidepreise war, war der Getreide- und Weizenpreis um 6 bis 8 S pro 100 Kilogramm höher als jetzt. Auf der andern Seite kämpfen auch unsere Gebirgsbauern, die von einer schweren Absatzkrise betroffen sind, mit der größten Not. Sie haben heute noch für Schlachtrinder einen Zoll von 5 Goldkronen pro 100 Kilogramm, weil der jugoslawische Handelsvertrag von seiten Jugoslawiens noch immer nicht ratifiziert worden ist. In allen Ihren Versammlungen und bei der Budgetdebatte beim Kapitel „Landwirtschaft“ sind Sie ja auch selbst dafür eingetreten, daß der Staat für die Förderung der landwirtschaftlichen Produktion Gelder zur Verfügung stelle; Sie wollen in letzter Zeit, nach Ihren Reden zu schließen, die Landes Kulturförderung, die in einem weit ausgreifenderen Maße erfolgen soll, unterstützen. Sie sehen selbst ein, daß die österreichische Landwirtschaft noch mehr zu erzeugen imstande ist, und Sie müssen selbst zugeben, daß wir in Österreich auf allen Gebieten eine noch vermehrte Produktion aufweisen müssen, wenn wir uns soviel wie möglich vom Ausland unabhängig machen wollen.

Diese vermehrte Produktion soll erfolgen nicht nur im Interesse der Bauern, Kleinhäusler und der landwirtschaftlichen Arbeiter, sondern im Interesse der gesamten Volkswirtschaft. Wenn es dem Bauern schlecht geht, wenn es einem so großen Stand, der zirka 40 Prozent der Bevölkerung in Österreich ausmacht, schlecht geht, dann brauchen Sie sich nicht fragen, wie es den anderen Ständen dann besser gehen soll, wenn die Konsumkraft des Bauern fehlt. Heute ist tatsächlich in manche Kreise unserer Landwirte eine große Not eingezogen, so mancher Bauer würde heute mit so manchem Arbeiter und Angestellten der Eisenbahn sicherlich gerne tauschen. Ich muß dieses Wort „Zollbolschewiken“ namens der Landwirtschaft ganz energisch zurückweisen. (Zustimmung. — Beifall.) Wer hat denn die Beche gezahlt bei sämtlichen Handelsverträgen? Die Verbesserungen, die im Interesse des Exportes der Industrie gemacht worden sind, sind vorwiegend auf Kosten der Landwirtschaft durchgeführt worden. Mir scheint es, daß dieses Wort „Zollbolschewiken“, das da auf die Agrarier gemünzt ist, Schule gemacht hat, denn der Altkanzler Dr. Renner hat gestern im Finanzausschuß genau dasselbe Wort „Zoll- und Schnapsbolschewiken“ gebraucht. So weit haben es die Herren schon in ihrer Ansicht gebracht. (Zwischenrufe.)

Ich darf hier auch ein Wort über die Privilegien verlieren, die man uns zugemutet hat. In den Ausführungen Dr. Renners war zu hören, daß das alte System bei der Spirituszentrale wieder auf-

gelebt ist, nämlich das alte System der Propination und der Liebesgaben gegenüber den Agrariern. Wir geben zu, daß in der alten Zeit der Großgrundbesitz das Privilegium hatte, landwirtschaftliche Spiritusbrennereien zu errichten und zu betreiben. Vor zwei Jahren haben wir in voller Einmütigkeit und sogar einstimmig, wenn ich mich recht erinnere, hier in diesem hohen Haus das Spiritusgesetz einer Abänderung unterzogen. Erst durch dieses neue Spiritusgesetz ist es den kleinen Landwirten möglich geworden, im Wege der Genossenschaften die Vorteile der landwirtschaftlichen Spiritusbrennereien zu erringen. Wir haben nun ein bis zwei Jahre der Wirksamkeit des Spiritusgesetzes hinter uns. Es haben sich Spiritusbrennereien auf genossenschaftlicher Grundlage entwickelt, welche die überschüssigen Kartoffeln, die Brennkartoffeln, einer Verwertung zuführen. Ich kann doch nicht annehmen, daß Dr. Renner der Meinung huldigt, daß nur die gewerblichen Betriebe Spiritus brennen dürfen. Die Verwertung der Schlempe bringt es mit sich, daß wir in Niederösterreich rund 2500 Rinder im heurigen Jahre in die Mast einstellen können.

Wie war denn die Verwertung unserer Kartoffeln bei den Spiritusbrennereien? Im vergangenen Jahr haben Auslandskartoffeln an der Grenze, wo noch die Fracht hinzukommt, 6'3 bis 7'2 g gekostet, die inländischen Kartoffeln 9 bis 10 g loco Wien. Und wie war die Verwertung? Die Verwertung in unseren genossenschaftlichen Spiritusfabriken war 6 bis 8 g bei 1 Kilogramm. Daraus kann man doch nicht den Schluß ziehen, daß das alte System der Propination und der einseitigen Liebesgaben für uns Agrarier eingetreten ist. Soll das der Dank an die Agrarier für ihre Arbeitsleistung gewesen sein, hohes Haus? Gerade von Herrn Dr. Renner, der in den Jahren 1918 und 1919 das Wort vom Staat der Bauern und Arbeiter geprägt hat, hätten wir das am allerwenigsten erwartet. Welche Wandlung muß hier vorgegangen sein! *(Lebhafte Zustimmung.)*

Der Herr Mitkanzler Dr. Renner hat in seinen letzten Ausführungen auch davon gesprochen, daß es ihm und seiner Partei allein zu verdanken sei, wenn heute die Kommunisten in Österreich keine Rolle mehr spielen. Da möchte ich Ihnen jenen denkwürdigen Peterstag, den 29. Juni des Jahres 1919, in Erinnerung bringen, an dem die niederösterreichischen Bauernräte in Wien, beim Dreher in Meidling draußen, aufmarschiert sind, am gleichen Tage, an dem im Sitzungsaal des alten Abgeordnetenhauses der Reichsarbeitererrat getagt hat. Unter der Führung unseres Obmannes, des derzeitigen Staatssekretärs Stöckler, nahm die Versammlung der Bauernräte einen geradezu glänzenden Verlauf, und es wurde dort von Österreichs Bauern diese Parole ausgegeben: Bis hieher und nicht

weiter! Wir dulden keine Diktatur von links, wir dulden auch keine Diktatur von rechts! Ich glaube daher, daß sich die Bauern Österreichs ein großes Verdienst daran zuschreiben können, daß der Kommunismus in Österreich keinen Eingang gefunden hat. *(Lebhafte Zustimmung und Beifall.)* Gerade diese große Bauernversammlung hat den Mut der anderen Stände gestärkt, weil sie gesehen haben, daß eine breite Schicht der Bevölkerung vorhanden ist, nämlich die Bauern Österreichs, die nicht mittut. Nur dadurch ist es Ihnen, meine Herren, möglich geworden, den Kommunismus in seine Schranken zu weisen. Ich will dem Herrn Dr. Renner nicht das Verdienst in dieser Frage absprechen, er muß aber auch uns das Recht einräumen, zu sagen, daß wir zumindest auch ein ganz besonders großes Verdienst in dieser Beziehung haben. *(Lebhafter Beifall.)*

Nun gestatten Sie mir noch, hohes Haus, daß ich mich mit den Ausführungen des Herrn Dr. Renner noch weiter befaße, weil er gerade uns Landwirte apostrophiert und so tituliert hat. Er hat auch gesagt, daß die Bauernschaft in ihrer großen Masse diesen Zusammenhängen zu wenig Aufmerksamkeit zuzuwende. Er hat gesagt, daß wir Landwirte die Konsumkraft der Arbeiter und der anderen Konsumenten um 30 bis 40 Prozent schwächen würden, wenn die Mietennovelle zur Durchführung gelangen würde. Da muß ich doch fragen, welcher Prozentsatz des Lohnneinkommens hiefür in der Vorkriegszeit aufgewendet wurde. Es können unmöglich 30 bis 40 Prozent gewesen sein. Ich will nochmals hinweisen, daß ein großer Teil der Mieter heute für die Instandhaltungskosten mehr bezahlt als die in der Regierungsvorlage enthaltenen Ansätze.

Wenn der Konsum gefallen ist, warum gerade für Milch? Herr Dr. Renner hat erwähnt, die Niederösterreichische Molkerei und er haben einen Aufruf hinausgegeben, es möge mehr Milch konsumiert werden. Das ist richtig. Wenn er aber sagt, der Erfolg war der, daß Familien, die früher 2 Liter Milch verbrauchten, sich jetzt infolge der gesunkenen Konsumkraft nur 1 Liter Milch leisten können, so ist das nicht zutreffend. Milch ist heute noch das allerbilligste Lebensmittel, das Sie sich überhaupt vorstellen können. Vergleichen Sie doch den Nährwert der Milch mit dem des Fleisches oder anderer Nahrungsmittel, und wenn Sie wollen, werde ich auch eine Parallele zwischen dem Nährwert der Milch und dem des Bieres ziehen. Aber leider wird oft gerade das, was das Billigste ist, am meisten verachtet und andere, weniger wertvolle Dinge bedeutend besser bezahlt, obwohl das Billigste oft das Notwendigste ist. *(Pölzer: Der Bierkonsum ist auch zurückgegangen!)* Wenn Sie den Bierkonsum der letzten Jahre vergleichen, dann werden Sie immer eine aufsteigende Linie finden. Ich erinnere

Sie nur daran, als die Landesbieraufgabe mit 6 S beschlossen wurde, da hat es geheissen, der Bierkonsum muß zurückgehen. (Pölzer: *Er ist auch zurückgegangen!*) Ja, ein kleines bißchen, aber das ist im heurigen Jahre wieder reichlich wettgemacht worden.

Daß der Milchkonsum noch viel zu wünschen übrigläßt, will ich voll und ganz unterschreiben. Aber was ist die Ursache? Vor dem Kriege haben wir nach Wien zirka 900.000 Liter Milch geliefert, jetzt liefern wir etwas über 700.000. (Dr. Eisler: *Es sind auch weniger Leute in Wien!*) Das wollte ich Ihnen auch sagen. Sie werden auch zugeben, daß heute die Qualität der Milch viel besser ist als vor dem Kriege. Die Landwirtschaft mit ihren Molkereien gibt sich alle erdenkliche Mühe, einwandfreie Milch dem Konsum zur Verfügung zu stellen. Wir gehen noch weiter und stehen schon in Unterhandlungen, unsere Milch aus den Molkereien nicht in Kannen, sondern in eigenen Milchtanks nach Wien zu bringen, um die Qualität noch mehr zu bessern. Wenn der Milchkonsum heute geringer ist, so kommt dafür zunächst die geringere Bevölkerungszahl Wiens in Betracht, ganz richtig. Vor allem aber dürfen Sie auch nicht vergessen, wie sehr die Zahl der Kinder gesunken ist. Der Geburtenrückgang ist seit dem Kriege bedeutend gestiegen. In der Vorkriegszeit hat jede Mutter ihrem Kinde die Milch hineingepreßt, im Kriege und nach dem Kriege gab es bedeutend weniger Milch, und da haben sich so manche des Milchkonsums entwöhnt. Es ist unbedingt notwendig, und da appelliere ich gerade an die Linke, daß sie mit der entsprechenden Aufklärungs- und Propagandaarbeit einsehe. Ich möchte auch an die Ärzte appellieren, damit auch sie den Milchkonsum bedeutend mehr Aufmerksamkeit schenken. Ich habe heute morgens das Telephonbuch angeschaut, und da ist mir aufgefallen, daß auf dem Telephonbuch darauffteht: Eßet täglich einige westindische Bananen, sie sind nahrhaft und gut. Ich glaube, es wird die Zeit kommen, wo wir uns derselben Reklame bedienen, und daß auf dem Telephonbuch an Stelle dessen steht: Genießet mehr Milch, denn die Milch ist nicht nur das beste, sondern auch das gesündeste und billigste Nahrungsmittel.

Ich kann nicht glauben, daß die Konsumkraft gerade bei der Milch so einseitig nachgelassen hat. Wenn ich durch die Straßen von Wien gehe und mir die Auslagen anschau, dann sehe ich, daß manche Geschäfte, wo früher ein Greißler war, der Gemüse und Kartoffeln verkauft hat, sich jetzt in eine Delikateßhandlung verwandelt haben. Auf der anderen Seite sehen wir die große Einfuhr von Südfrüchten, Bananen, Orangen und aller möglichen Artikel aus dem Ausland. Die Ziffern unserer Handelsbilanz beweisen dies. Wenn ich mich frage, wer das alles kauft, so glaube ich, die Hausherren

allein können das nicht alles für sich in Anspruch nehmen.

Die Konsumkraft der Bevölkerung soll so sehr nachgelassen haben und ausgerechnet bei der Milch. Wenn man aber des Abends durch die Straßen von Wien geht — Kinos gibt es ja mehr als genug —, dann sieht man die große Frequenz in den Kinos, wie die Menschen hineinströmen und nach jeder Vorstellung rudelweise wieder herausströmen. Hier sehe ich kein Sinken der Konsumkraft. Ich bin ja auch nicht gegen den Sport, aber wenn so ein Match ist, wo tausende und tausende Menschen hinausfahren . . . (Pölzer: *Ihr geht ja auch auf den Kirtag!*) Aber höchstens einmal im Jahr, nicht alle 10 und 14 Tage! (Pölzer: *Die Bauernsöhne wollen im Jahr auch zwanzigmal auf den Kirtag gehen!*) Herr Kollege Pölzer, regen Sie sich nicht auf! Die Bauernburschen würden zwanzigmal auf den Kirtag gehen, wenn ihnen der Vater das Geld dafür geben könnte. Aber leider fehlt es da. (Pölzer: *Genau so ist es beim Arbeiter!*) Wenn wir vom Lande hereinkommen, wenn wir die kümmerliche Lebensweise unserer Landbevölkerung draußen sehen, wo der Bauer und seine Angehörigen von früh bis nachts sich rackern müssen, und wenn sie dann in die Großstadt kommen, dann kommen sie zur Überzeugung, daß es ihnen am allerschlechtesten geht, daß es in der Großstadt doch viel besser gehen muß. (Pölzer: *Ich will nicht boshaft sein, sonst könnte ich von den Bauernkirtagen manches reden!*) Ich werde Ihnen keine Antwort schuldig bleiben. Vielleicht war es in früheren Zeiten so, wo es den Leuten ein bißchen besser gegangen ist. Mich geniert nur eines: daß gerade bei der Milch die Konsumkraft der Bevölkerung zurückgegangen ist, wo die Milch doch das allerbilligste ist. (Pölzer: *Daß der Milchkonsum zurückgegangen ist, bedauern wir selbst unendlich!*) Herr Dr. Renner hat erklärt, die Bauern schädigen sich selbst, wenn sie die Konsumkraft der städtischen Bevölkerung schwächen und wenn sie für die Mietennovelle eintreten . . . (Pölzer: *Wenn sie mehr Zins zahlen, können sie keine Milch kaufen!*) Ich glaube, sie können sich eher Milch kaufen, wenn sie etwas anderes stehenlassen. (Pölzer: *Die Gemeinde Wien macht alles, um den Milchkonsum zu heben!*) Dann werden Sie uns auf einer Linie finden. (Dr. Renner: *Die Konsumgenossenschaften machen alles, was in ihren Kräften steht!*) Ich glaube, Herr Kanzler Renner war während meiner Ausführungen nicht anwesend, weil ich das zugegeben habe, daß die Niederösterreichische Molkerei und Ihre Konsumgenossenschaften gemeinsame Aufrufe hinausgegeben haben. Der Herr Abg. Renner war offenbar auch nicht hier, als ich an die Vertreter der Arbeiterschaft appellierte, sie mögen in ihren Reihen dahin wirken, daß dem Milchkonsum mehr Aufmerksamkeit geschenkt werde.

(Pölzer: Wir machen keine Propaganda für Alkohol, sondern für Milch!) Das wird auch besser und vernünftiger sein. Denn die Propaganda für die alkoholfreien Getränke . . . (Sever: In den Häusern der Gemeinde Wien gibt es nur Milchkäse!) Wenn Sie lieber Propaganda für Milch als für die alkoholfreien Getränke machen würden, bin ich überzeugt, daß es auch auf dem Gebiete des Milchabfuges anders werden würde.

Der Herr Altkanzler Dr. Renner hat sich auch speziell mit der Bodenrente beschäftigt, und ich möchte dazu folgendes bemerken: Herr Dr. Renner gibt zu, daß der „Einzelhausbesitz, der als bloßes Konsumgut des Hausherrn als seine eigene Wohnung und die Wohnung seiner Familie ganz oder der Hauptsache nach gilt“, nicht nach mietengesetzlichen Bestimmungen zu beschränken oder zu regeln wäre. Wenn aber der Mann oder die Familie, die durch ihrer Hände oder Köpfe Arbeit ein Häuschen erworben haben, einen Teil dieser Räume in der Zeit der allgemeinen Wohnungsnot einem Mieter zur Verfügung stellten, weil sie es gerade nicht dringend benötigten, dann aber, weil beispielsweise eine Tochter heiratet, es selbst brauchen, dann muß doch auch das von Dr. Renner zugegebene freie Verfügungsrecht über diesen Einzelhausbesitz gegeben werden. (Zustimmung.) Und der gleiche Grundsatz muß dann doch wohl auch gelten, wenn jemand heute ein solches Häuschen für sein erarbeitetes Geld kauft zu dem Zwecke, seiner Familie ein Dach zu geben. Und anders kann man wohl auch den nicht behandeln, der ein größeres Haus besitzt oder erwirbt, wenn er für sich oder seine Familie eine Wohnung braucht.

Was nun den von Dr. Renner so genannten kapitalistischen Hausbesitz und die Frage der Grund- und Bodenrente anbelangt, so will ich Dr. Renner auf seine noch dazu vom sozialistischen Standpunkte gesehene theoretische Auseinandersetzung über Grund- und Bodenrente nicht weiter folgen. Als Agrarier möchte ich nur feststellen, daß, wenn man von der Bodenrente spricht, man nicht vergessen darf, daß faktisch zwischen einer städtischen Grund- und Bodenrente und dem landwirtschaftlichen Grund und Boden ein wesentlicher Unterschied besteht. (Dr. Renner: So ist es!) Wir werden schon froh sein, wenn die Entwicklung der Wirtschaft und Gesetzgebung einen Gebäudezins ermöglicht — was nach dieser Vorlage nicht möglich ist —, der die Verzinsung und Amortisation der Baukosten deckt, und wir begrüßen die in diesen Ausführungen Dr. Renners enthaltene grundsätzliche Erklärung, daß auch Sie eine solche Regelung bezüglich der Verzinsung des Bauaufwandkapitals für begründet und möglich halten.

Ich bin am Schlusse meiner Ausführungen angelangt und möchte nun meinen Standpunkt und den

Standpunkt der Landwirtschaft in der Mietenfrage folgendermaßen präzisieren: Im Laufe der mietrechtlichen Zwangswirtschaft wurden auch in den Bauernwirtschaften eine Reihe von Räumen, die beispielsweise für Ausgebirge, Landarbeiter oder wirtschaftliche Zwecke vorübergehend nicht benötigt wurden, heute aber benötigt werden, der freien Verfügbarkeit entzogen. Alte Ausnehmer, die die Wirtschaft übergeben haben, können nicht ihr Auszugshäuschen oder ihre Auszugsstube beziehen. Räume für Landarbeiter werden vielfach von durch Zwangskommission hineingesetzten fremden Arbeitern oder fremden Berufsangehörigen besetzt gehalten. Die Landwirtschaft ist daher an der Mieterschutzfrage vielfach unmittelbar interessiert.

Die Landwirtschaft muß aber auch ein Interesse haben, daß der Gesamtrealbesitz in Österreich wieder Wert bekommt und die Grundlage für Kapitalkredit auch aus ausländischen Quellen geschaffen werde. Wir erwarten uns von dieser neuen Kreditgrundlage Zufluß von Geld, damit Senkung des Zinsfußes und Belebung des Hypothekenmarktes. Aus dem wiederbelebten Hypothekenmarkt wird auch die Landwirtschaft leichter und billiger ihren Bedarf an Dauerkrediten decken können. (Sehr richtig!)

Darum sind wir für die Abänderung des Mieterschutzgesetzes. Mit dem wiedererstarften Hypothekenmarkt wird auch die Frage des landwirtschaftlichen Siedlungswesens leichter geregelt werden können. (Sehr richtig!)

Mit Ernst und Vorsicht wollen wir an diese heikle Frage gehen. Auch die Frage der Landarbeiterwohnungen beschäftigt uns mehr, als Sie glauben. Durch unsere landwirtschaftlichen Krankenkassen sind wir auch beitragspflichtig für den Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds, den unsere Bauern und Arbeiter bezahlen müssen. Wir reklamieren daher heute schon die aus der Landwirtschaft in den Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds fließenden Beträge für die Zwecke des Baues von Landarbeiterwohnungen. (Zustimmung.) Es geht nicht an, daß Beträge, die unsere Landwirtschaftsrankenkassen zur Verfügung stellen, nicht wieder für Zwecke der Landwirtschaft Verwendung finden. So werden wir auch eine Unterstützung für den Bau unserer Landarbeiterwohnungen erhalten. Es handelt sich dabei um eine Frage von größter Wichtigkeit.

Wir sehen das Mietenproblem von der wirtschaftlichen Seite an, und wir versprechen uns von einer Reform des gegenwärtigen Zustandes eine gute Rückwirkung auf die gesamte Volkswirtschaft. Darum sind wir Landwirte für die Abänderung des Mietengesetzes. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen. — Während vorstehender Rede hat Präsident Eldersch den Vorsitz übernommen.)

Scheibin: Hohes Haus! Die Ausführungen meines Vorredners zwingen mich, der ich bei der

Rede des Abg. Renner zugegen war, einige richtigstellende Aufklärungen vorzubringen. Fürs erste möchte ich feststellen, daß kein Angriff auf die Bauern mit Bezug auf die Milchlieferrung in der Rede des Abg. Renner enthalten war, sondern sie war in dem Sinne aufzufassen, daß, wenn sich eine Zinssteigerung bei der städtischen Bevölkerung vollziehen sollte, dadurch die Kaufkraft der Arbeiter und Angestellten sinkt, wodurch die Bauern ihre Bodenprodukte und Milchprodukte noch weniger an die Städte verkaufen können, als es bisher der Fall war. Dr. Renner hat überhaupt nicht feindlich gegen die Bauern gesprochen.

Der Herr Kollege Buchinger ist mit seinen Ausführungen nahezu Dreiviertelstunden sehr weit abseits von der Tagesordnung gewesen und hat sich lediglich mit Zoll und dergleichen beschäftigt. Ich möchte hervorheben, daß wir Häuser aus dem Auslande nicht einführen können, sondern die Häuser und Wohnungen müssen im Inlande gebaut werden, und es ist daher notwendig, daß wir uns mit dem Wohnungsproblem überhaupt beschäftigen.

Als die Regierung ihre Vorlage dem Hause unterbreitete, sind aus allen Schichten der Bevölkerung Leute sowohl zu den Mietervereinigungen als auch zu Abgeordneten gekommen und haben mit banger Sorge gefragt, ob eine Erhöhung des Mietzinses beschloffen werden wird. Ängstlich stellten sie die Frage: Wie werden wir das bezahlen? Ich hebe hervor, daß es Frauen von Professoren, Pensionisten, Angestellte, Kaufleute und Vertreter aus allen Schichten der Bevölkerung waren, die bei uns nachgefragt haben.

Wenn wir die Wirtschaft im allgemeinen betrachten, so müssen wir feststellen, daß, obwohl Neubauten außerhalb des Mieterschutzes stehen und daher die Bautätigkeit ohne weiteres hätte aufgenommen werden können, nur in einem ganz geringen Ausmaß Wohnhäuser erstellt wurden, und wir müssen andererseits feststellen, daß die Wirtschaft in Wirklichkeit eine Erhöhung der Mietzinse überhaupt nicht verträgt.

Wie kam es in Österreich zum Mieterschutz? Herr Professor Dr. Rintelen hat auf die Verordnung vom Jahre 1917 hingewiesen. Hohes Haus! Dieser Verordnung gingen die Ereignisse vom Jahre 1916 voraus. Mit der zunehmenden Teuerung und der Mietzinssteigerung sind Angestellte und Arbeiter zu ihren Organisationen gekommen und haben um Hilfe gebeten. Die unmittelbare Ursache der Mieterschutzverordnung war, daß in erster Linie die Vertreter der Angestelltenorganisationen in Wien beim damaligen Kriegsminister vorgesprochen und ihn gebeten haben, die Kinder und Frauen der eingerückten Soldaten zu schützen. Der Kriegsminister hat die Abordnung zum Justizminister geschickt, der ihr erklärte: Ich bin während des Krieges nicht Herr, Sie müssen sich in erster Linie an den ungarischen

Landesverteidigungsminister wenden. Stimmt dieser zu, dann können wir eine Verordnung erlassen. Unsere Organisationen haben sich daraufhin nach Ungarn gewendet, und der ungarische Landesverteidigungsminister hat eine Verordnung erlassen, durch die den Familien der eingerückten Soldaten der Mieterschutz gesichert wurde. Österreich ist dann nachgefolgt. Wir haben also auf Grund der damaligen Ereignisse die Verordnung über den Mieterschutz bekommen, und nach dieser Verordnung des Jahres 1917 besteht seit dem Jahre 1922 das Mieterschutzgesetz.

Der Herr Abg. Pistor hat am Beginn seiner Rede gesagt: Sechs Jahre warten die Hausherren darauf, daß endlich einmal das Mieterschutzgesetz novelliert wird. Hohes Haus! Das Wohnungsproblem wartet schon fünfmal so lange auf seine Lösung, als die Hausherren auf die Abänderung des Mieterschutzgesetzes warten. Vom alten österreichischen Privilegienparlament war damals eine Vinderung der Wohnungsnot nicht zu erwarten. Als im Jahre 1907 dann das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht gekommen ist, hat das Abgeordnetenhaus zum erstenmal das Wohnungsgesetz abgeändert, und es ist durch das Parlament des allgemeinen, gleichen Wahlrechts für das ganze Staatsgebiet am 22. Dezember 1910 das Wohnungsfürsorgegesetz beschloffen worden. Im Jahre 1912 ist am 9. Februar dann das Statut erschienen und die Gründung des staatlichen Wohnbaufürsorgefonds durch das Finanzministerium erfolgt. Nach Inkrafttreten dieses Gesetzes sind in Österreich ungefähr 450 Baugenossenschaften wie aus dem Voden herausgewachsen, und der Wohnungsfürsorgefonds war in den Jahren 1911 und 1912 mit 3'5, im Jahre 1913 mit 1'3, im Jahre 1914 mit 1'5, im Jahre 1915 mit 2'2, in den Jahren 1916 bis inklusive 1918 mit je 2'5, in den Jahren 1919 und 1920 mit je 3'5 und im Jahre 1921 mit 4 Millionen Goldkronen dotiert. Die Baugenossenschaften haben nun in den einzelnen Ländern zu bauen begonnen.

Gestatten Sie, daß ich nun etwas lokal abzwinge und auf das Wohnungselend in Innsbruck eingehe. Unter dem verstorbenen Staatskanzler Professor Mayr hat sich in Innsbruck die christliche Baugenossenschaft gebildet, die in der Roseggerstraße zwei Häuser mit 24 Wohnungen gebaut hatte. Es entstand die Baugenossenschaft der Südbahner, die einen Wohnbau von 56 Wohnungen aufgeführt hat, und es ist das „Deutsche Heim“ entstanden, das auf dem Berge Isel einige Häuser gebaut hat, die später in das Eigentum übergehen konnten. Mittlerweile war der Krieg ausgebrochen, dazu kam die unheimliche Steigerung der Mietzinse, die Inflation usw. Mieterschutzvereine haben in Deutschland schon bestanden, und zwar waren 65 in einem

Verbandsverhältnisse und 25 waren selbständige Mieterorganisationen. Sowohl die Beamtenschaft als auch die einzelnen Parteien haben damals, um das Wohnbauproblem zu lösen, außerordentliche Artikel geschrieben. Ich habe das Blatt des „Tiroler Anzeiger“ vom 11. November 1911 vor mir, wo über die gemeinnützige Baugenossenschaft „Christliches Volksheim“ ein sehr ausführlicher Bericht erstattet und es begrüßt wird, daß das Wohnungselend endlich einer Lösung zugeführt werde. Aber noch mehr, auch die christliche Arbeiterschaft in Wien hat unter Führung des Herrn Abg. Runschak Stellung genommen, es haben damals alle Beamtenvereine und Organisationen Stellung genommen, die sozialdemokratischen unter der Führung des verstorbenen Abg. Winarsky, die christlichen unter der Führung des Abg. Runschak, der in der Volkshalle in Wien gesprochen und folgende Resolution — das war am 11. März 1911 — in Vorschlag gebracht hat (liest): „Die in der Volkshalle tagende Demonstrationsversammlung der christlichsozialen Arbeiterschaft Wiens ruft angesichts des unerträglich gewordenen Wohnungselendes Staat, Länder und Gemeinden zur Hilfe auf. Sie fordert von den genannten Faktoren Schutzmaßnahmen gegen Wohnungs- und Bodenwucher und werftätige Bekämpfung des Mangels an Kleinwohnungen und Werkstätten durch die Erbauung von Arbeiter- und Werkstättenhäuser. Indem die Versammlung dankbar das Zustandekommen des Wohnungsfürsorgegesetzes begrüßt, empfiehlt sie der christlichen Arbeiterorganisation, durch Schaffung von Wohnungsgenossenschaften ihren Mitgliedern die Vorteile dieses Gesetzes zugänglich zu machen.“ Damals war also schon Wohnungselend.

Ich befaße mich seit ungefähr 25 Jahren mit der Lösung des Wohnproblems und muß Ihnen gestehen, daß wir von der Altstadt in Innsbruck photographische Aufnahmen über das bestehende Wohnungselend aufgenommen haben, daß wir über die Wiaduktbogen, wo das Wasser von den Mauern heruntergeronnen ist, so lange in Wort und Schrift gesprochen haben, bis sie aus wohnungshygienischen Gründen geräumt werden mußten, daß wir dagegen, daß in den Hotels die Angestellten in unterirdischen Kellerräumen schlafen mußten, den Kampf so lange geführt haben, bis dieses Elend beseitigt wurde. Ich will lobend hervorheben, daß damals der großdeutsche Professor Dr. Lantschner und der verstorbene Dr. Lieber, der der konservativen Partei angehört hat, in Wort und Schrift mit uns für die Beseitigung des Wohnungselendes gekämpft haben. Wir haben durch Jahre mit photographischen Aufnahmen aus Brünn Propaganda dafür gemacht, dem Wohnungselend beizukommen und Abhilfe zu schaffen.

Der Krieg hat das Wohnungselend in unserem Lande noch verschärft. Besonders nach dem Eintritt

Italiens in den Krieg hat das Wohnungselend zugenommen, weil Offiziere in unser Land versetzt wurden, ihre Familien hingezogen sind, die Gendarmerie verstärkt wurde und dergleichen. Ich werde die Ziffern noch nennen und Ihnen dann zeigen, was der Staat auf diesem Gebiete geleistet hat. Es ist unmöglich, daß die Gemeinden allein für die Kosten der Maßnahmen auf diesem Gebiete aufkommen sollen. Wir haben infolge des Krieges und namentlich infolge der Evakuierungen aus Südtirol einen großen Zuwachs von Nichtanässigen in Innsbruck und ebenso in vielen anderen Orten Tirols bekommen. Nun hat der Zusammenbruch das Land in drei Teile zerrissen. Wir können das Pustertal nur über Kärnten oder Salzburg erreichen. Außerdem wurde das Brennergebiet abgetrennt, und sehr viele deutsche Familien wurden aus Südtirol ausgewiesen. Vor dem Umsturz waren in Innsbruck 33 Gendarmeriebeamte stationiert, heute sind es 152, darunter 41 aus Südtirol vertriebene. Beim städtischen Wohnungsbauamt sind 47 Gendarmeriebeamte mit 69 Kindern als Wohnungssuchende vorgemerkt. Heute leben noch immer Gendarmeriebeamte im Lande, die von ihren Familien getrennt sind. Diese Daten beruhen auf amtlichen Erhebungen. 83 Finanzangestellte wurden im Jahre 1918 versetzt, 17 ledige und 66 verheiratete; von den 66 verheirateten sind heute noch 23 ohne Wohnung. Es wurden Südbahner ausgewiesen, 110 Familien aus Südtirol und 25 aus Jugoslawien. In unserem Bereiche waren über 300 Waggons bewohnt, und ich habe dieses Waggonwohnungselend im Jahre 1923 dem hohen Hause an der Hand von Photographien geschildert. Ich will die Darstellung dieser Dinge heute nicht wiederholen, aber dem Finanzministerium und dem Ministerium für soziale Verwaltung war dieses Elend bekannt. Der verstorbene Bürgermeister Graß hat in einer Eingabe auf das Elend verwiesen, daß die Gemeinde nicht mehr bauen kann, zumal eine große Anzahl von Staatsangestellten infolge der Verkleinerung des Landes nach Innsbruck versetzt worden war. Außer den Finanz- und Eisenbahnbediensteten sind noch die Angehörigen der Wehrmacht zu erwähnen, Offiziere, Beamte und Mannschaftspersonen, die Wohnung suchen, 162 an der Zahl, Postbedienstete 146, Gendarmerie 60, Staatsangestellte außerhalb der vorstehend angeführten Kategorien 169, Bundesbahnbedienstete 279, Südbahnbedienstete, die heute auch Bundesangestellte sind, 406 Personen.

Wir haben dann versucht, daß der Staat hilfsreich zugunsten der Waggonbewohner eingreift, und haben eine Abordnung von 15 Waggonbewohnern dem Herrn Finanzminister Dr. Riehböck vorgeführt. Es ist damals zu außerordentlich erregten Szenen bei der Schilderung dieses Elends der Waggonbewohner gekommen. Wir haben heute noch 8 Waggons in Tirol stehen, in denen Leute wohnen.

Damals hat der Herr Finanzminister in seinem Bureau erklärt, er sehe es ein, und er werde rund 20 Milliarden zur Linderung der Wohnungsnot für die außergewöhnliche Belastung der Stadt Innsbruck und des Landes Tirol zur Verfügung stellen. Diese Vorsprache war im Juli, und im Herbst hat dann der Finanzminister Dr. Kienböck seine Anschauung insofern revidiert, als er gesagt hat: Wohnen muß der Staatsbürger in irgendeiner Gemeinde, daher hat auch die Gemeinde die Verpflichtung, für seine Gemeindebürger das Wohnungsproblem zu lösen. Es ist nicht gebaut worden. Ich glaube kaum, daß ein Vertreter des Landes Tirol, gleichgültig, welcher Partei er angehört, nicht mit mir übereinstimmen wird, wenn ich sage, daß die Verpflichtung, Wohnungen für die Staatsangestellten und für alle Ausgewiesenen herzustellen, nicht die Gemeinde und die Städte allein treffen kann, sondern daß auch der Bund hier Vorsorge treffen muß. Geleistet hat er nichts.

Zur Vermeidung von Mißverständnissen sei hier darauf verwiesen, daß aus dem italienischen Teile Tirols damals die Italiener herausversetzt und durchaus Deutsche aus Steiermark und Deutschböhmen nach Südtirol versetzt worden sind. Es waren durchgehends deutschsprechende und verlässliche deutsche Bedienstete, die teils zur Post, teils zur Bahn gekommen sind. Nachdem die Tschechoslowakei mit 1. Jänner 1919 oder 1920, wenn ich mich nicht irre, diese Leute nicht mehr im Dienst gestellt hat und außerdem nach der Besitzergreifung Südtirols durch Italien 80 Prozent aller deutschsprechenden Bediensteten ausgewiesen worden sind und alle diese Personen dann für Österreich optiert haben, haben wir diese Menschen, die nirgends zuständig waren, mit dem Optionsdekret für Österreich in der Tasche in den Waggonen gehabt. Durch Jahre hindurch hat sie keine einzige Gemeinde in Vormerkung genommen, weil ihre Heimatzuständigkeit nirgends festgestellt war. Wir haben uns nicht gescheut, im Einvernehmen mit den Organisationen alle Maßnahmen zu ergreifen, um diese Wohnungsnot zu lindern. Ich habe hier eine Eingabe vom 9. März 1923. Sie wurde an den Diktator Mussolini in Rom gerichtet und von einer Abordnung der Südbahner überreicht, die auf dieses Elend verwiesen und Mussolini gebeten haben, er möge auf diese Leute, wenn sie schon von deutscher Erde, von Südtirol, vertrieben wurden, doch Rücksicht nehmen. Man hat ihm das Elend geschildert, daß Mütter, die kleine Kinder haben, im Winter kein Licht, kein Wasser, keinen Abort haben, daß sie hinter dem Heizhaus stehen und daß die Windeln dem Kind anfrischen. Mutter und Kind, die ja an dem Krieg unschuldig sind, gehen zugrunde. Kein Herz! Erbarmungslos müssen sie über den Brenner, von allen Seiten kommt der Zustrom. Obwohl dem Finanzminister durch die Eingaben der Stadtgemeinde

Innsbruck das Elend bekannt war, hat es keine Linderung erfahren. Der Staat hat nichts gebaut. Selbstverständlich hat er die durch die Verlegung der Grenzen erforderlichen Wohnhausbauten für die Finanzbeamten durchführen müssen, so in Mairhofen im Zillertal, in Nauders, und auch in Ehrwald an der deutschen Grenze wurde ein solches Haus gebaut, aber der Stadt Innsbruck und dem Lande Tirol hat der Staat für Bauzwecke nichts zugehoben. Die Gemeinde Innsbruck hat in den Jahren 1919 und 1920 größere Wohnungen 60, dann kleinere Wohnungen 183, im ganzen 521 Wohnungen gebaut.

Ich muß mich jetzt noch fragen: Wie groß ist die derzeit noch bestehende Wohnungsnot? Ich habe Erhebungen im ganzen Lande gepflogen, wo wir Verbindungen haben, und teile dem hohen Haus nachstehendes mit: wir haben in Innsbruck derzeit bei 56.000 Einwohnern noch 5200 Wohnungssuchende, in Hall 63, in Schwaz 70, darunter 4 Obdachlose, in Kramsach 12, in Kirchbühl 10, in Häring 15, in Jenbach 25, in Ruffstein 150, in Lander 97, in Wörgl 193, in Telfs 40 und in Reutte (Bezirk) 200. Dazu kommt noch Rastereith, wo 20 Häuser abgebrannt sind, wodurch ebenfalls eine große Wohnungsnot entstanden ist.

Im Bezirk Lienz haben wir 150 Wohnungssuchende. Insgesamt brauchen wir ungefähr 7000 Wohnungen. Dazu kommen noch Wohnungen für Jungverheiratete und auch für alle anderen Ehepaare, die noch keine Wohnung haben.

Aus diesem Grunde kann ich den Ausführungen meines Herrn Vorredners nicht zustimmen, sondern bin der gleichen Meinung wie Dr. Renner, daß, wenn eine Erhöhung der Mietzinse eintritt, diese Erhöhung zur Lösung des Wohnungsproblems verwendet werden muß. Dieses Problem kann aber nur gemeinsam mit dem Lande gelöst werden.

Ich will da einige Beispiele anführen. Ein Hofrat wurde versetzt, er hat seine Dienstwohnung abgegeben und von der Tiroler Landesregierung, entsprechend seinem Stande, eine Dreizimmerwohnung zugewiesen bekommen. Dagegen ist nichts einzuwenden. Die Wohnung wird übrigens für seinen Stand kaum ausreichen; ich bin überzeugt, daß er unter normalen Verhältnissen eine Vierzimmerwohnung brauchen wird. Der Mann hat einen Gehalt von 600 S monatlich, bezahlt aber für die ihm von der Landesregierung zugewiesene Wohnung 350 S im Monat. (Hört! Hört!) Wenn wir nun an dieses Problem herantreten und den Mietern eine höhere Zahlung auferlegt werden soll, so müssen die Mieter wissen, daß sie die moralische Pflicht haben, soweit sie ein Dach über dem Kopfe besitzen, eine Solidarhaftung für jene zu übernehmen, die infolge des Wohnungselends kein Dach über ihrem Haupte haben. In Österreich ist auch in den

Jahrzehnten vor dem Kriege dieses Problem nicht gelöst worden, während des Krieges ist es gänzlich steckengeblieben. Wir streiten uns heute über die Frage der Notwendigkeit der Aufwertung des Zinses. Aber nicht diese Aufwertung für die Hausherren ist notwendig, sondern die Schaffung von Wohnungen. *(Lebhafter Beifall.)*

So wie in unserem Lande die Wohnungsnot besteht und von Monat zu Monat zunimmt, so wird es, glaube ich, in allen Bundesländern der Fall sein. Durch eine Belebung der Bautätigkeit würden etwa 50 Professionen zu einem Erwerb gelangen. Wenn man sagt, unsere Straßen sind defekt, sie müssen wiederhergestellt werden, so bin ich einverstanden; aber auch Wohnungen müssen gebaut werden. Tausende von Menschen würden, wie gesagt, durch die Belebung der Bautätigkeit Brot und Beschäftigung finden. Davon, daß wir zum alten Wohnungselend zurückkehren, kann keine Rede sein. Jeder, der menschlich fühlt und jenes Wohnungselend gesehen hat, wird mir das zugeben. Gerade die Herren aus unserem Lande Tirol wissen, daß das Wohnungselend durch den steigenden Fremdenverkehr noch zugenommen hat. Es muß also gebaut werden, und gerade Ihre Partei hat, wenn auch nur ganz armelige Bauten aufgeführt, aber immerhin sind zum Beispiel Wohnungen mit zwei Räumen und einem Vorraum in den Vincentia-Häusern gebaut worden, und auch die Rhombergsche Fabrik hat für das Wohnungselend Einsicht gezeigt und schon vor Jahren gebaut. Alle diese guten Ansätze sind aber im Kriege steckengeblieben. Es kann sich also für uns nur darum handeln, die Bautätigkeit wieder zu beleben, was gleichzeitig einen kulturellen Aufstieg für unsere ganze Bevölkerung zur Folge hätte.

Ich schließe meine kurzen Ausführungen mit einem Appell an das Haus: Das Wohnungsproblem muß gelöst werden, das ist dringend — nicht so dringend ist die Rente der Hausherren —, und es kann nur gelöst werden mit dem festen Vorsatz und dem festen Willen, in allen Ländern zu bauen, wozu staatliche Mittel zur Verfügung zu stellen wären, was bisher nicht geschehen ist. Wir erwarten, daß im gegenseitigen Einvernehmen nicht die Hausherren zu einer Rente, sondern das große Wohnungsbauproblem zu einer Lösung gelangen wird. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)* — Während vorstehender Rede hat Präsident Dr. Waber den Vorsitz übernommen.)

Vistor: Hohes Haus! Ich hätte in der Generaldebatte nicht noch ein zweites Mal das Wort ergriffen, wenn ich mich nicht durch einzelne Ausführungen von seiten der Opposition, besonders durch die letzte Rede des Herrn Abg. Dr. Renner dazu bemüßigt fühlte. Wenn ich heute insbesondere auf diese Ausführungen des Herrn Dr. Renner

zurückkomme, so wird vielleicht ein Teil des Hauses über die Form, in der ich es tun werde, einigermaßen enttäuscht sein. Sollte dies der Fall sein, dann wollen Sie das dem Umstande zuschreiben, daß ich nicht Gelegenheit hatte, die Demagogie und die Kunst der persönlichen Berührungsimpfung des Gegners mir in einem solchen wissenschaftlichen Grade anzueignen, wie dies Herr Dr. Renner lebsthin durch seine Ausführungen bewiesen hat, und daß ich es zweitens auch nicht für begehrenswert halte, in meinen Reden auf ein derartiges Niveau einzugehen. *(Zwischenrufe: Wie würdig!)* Jeder nach seiner Art, Herr Kollege!

Durch die Ausführungen der Opposition zieht sich wie ein roter Faden, daß Sie glauben, das Hauptargument gegen die Aufwertung der Mieten darin zu finden, daß Sie erklären, die Hauseigentümer wollen die Hypothekargläubiger beschwindeln und betrügen, und gleichzeitig erklären: Wir Sozialdemokraten wollen nicht die Hand dazu bieten, die armen Hypothekargläubiger zu betrügen. Sie jonglieren dabei mit Ziffern, daß die Häuser so um die 90 Prozent herum belastet wären.

Nun habe ich mir die Mühe genommen, einmal auszurechnen, wie diese hypothekarische Belastung des Hausbesitzes war und wie sich der Gewinn, den die Hauseigentümer durch die Inflation infolge der Abzahlung der Hypotheken mit entwertetem Geld erzielten, zu jenen Summen verhalten, die sie durch den Nichterhalt des Zinses verloren haben.

Laut der österreichischen Justizstatistik vom Jahre 1912 haben die Hypothekarbelastungen auf Haus und Grundbesitz, und zwar jene, die eingetragen waren, am 31. Dezember in Wien 2.833,144.000 Goldkronen ausgemacht. Mit den anderen heutigen Bundesländern zusammen genommen betrug die Hypothekarbelastung 7.169,660.000 Goldkronen.

Wenn wir nun die wirklichen Summen errechnen wollen, wie die Belastung ausgesehen hat, so müssen wir verschiedene Abzüge machen, vor allem jene Abzüge, die infolge der Gebietsabtretungen notwendig sind, und zwar: Niederösterreich 1'4 Prozent, Steiermark 42 Prozent, Kärnten 6'5 Prozent, Tirol 70 Prozent. Dies macht zusammen im Verhältnis zur Hypothekarbelastung 1.199,343.000 Goldkronen aus. Es verbleibt also noch ein Rest von 5.978,317.000 Goldkronen.

Wir müssen weiters berücksichtigen, daß nicht alle eingetragenen Hypothekarforderungen in Wirklichkeit auch noch zu Recht bestanden haben, weil ja nicht immer, wenn eine Hypothekarforderung bezahlt wird, dieselbe auch gelöscht wird. Ich nehme diese Zahl äußerst gering mit 5 Prozent an. Das macht 299,015.000 Goldkronen aus. Durch nichtgelöschte aber bezahlte Annuitäten ein weiterer Abzug um die Hälfte des verbleibenden Betrages, das ist für

Wien verbleibt nummehr 1.345,743.400 Goldfronen, für die Bundesländer 1.494,907.175 Goldfronen.

Laut Aufstellung des Hofrates Riemers war der Kapitalwert der hauszinssteuerpflichtigen und zeitlich steuerfreien Gebäude in Wien im Jahre 1912 4,674.000 Millionen Goldfronen. Der Kapitalwert der 1669 Gebäude in Wien unter dem Titel der Widmung für öffentliche Zwecke, wie Kirchen, Kasernen, Schulen usw., war mit 334 Millionen Goldfronen beziffert. Wenn wir nun annehmen, daß sämtliche Häuser Wiens im Durchschnitt gleich belastet wären, und nur die hauszinssteuerpflichtigen Häuser nehmen, beziehungsweise auch jene, die zeitlich befreit waren, so müssen wir auch hier wieder einen Abzug vornehmen. Der Wert der hauszinssteuerbefreiten Gebäude war, wie ich bereits sagte, 334 Millionen Goldfronen, das ist 6·7 Prozent des Gesamtwertes. Dazu muß ich noch den Wert der nicht vermieteten Gebäude nehmen, weil ja die nicht vermieteten Gebäude durch die Aufwertung der Miete keinerlei Vorteil erreichen. Ich nehme das mit 3·3 Prozent nach der Statistik an. Das ergibt einen Gesamtabzug von 10 Prozent. Dieser Gesamtabzug von 10 Prozent macht 134,574.000 Goldfronen aus. Demnach war die tatsächliche Belastung der Wiener Zinshäuser im Jahre 1912 1.211,169.000 Goldfronen oder 25·9 Prozent des Kapitalwertes der Häuser und nicht, wie man allgemein behauptet, 80 und 90 Prozent. Die Bundesländer — da ist die letzte Zahlung vom Jahre 1910 — haben in Friedenszeiten ohne Burgenland 602.595 Wohnhäuser gehabt, hievon war ein Fünftel hauszinssteuerpflichtig oder zeitlich steuerfrei. Der Rest sind Grundbesitze. Die eingetragene Belastung in den Bundesländern war nach Abzug der Gebietsabtretungen 3147 Millionen, nach Abzug nicht erfolgter Löschungen, beziehungsweise bezahlte Annuitäten verbleibt 1.494,907.000, hievon ein Fünftel die hauszinssteuerpflichtigen Gebäude, macht 298,981.000 Goldfronen aus, das ist gleich 24·5 Prozent des Gesamtwertes der Häuser. Die faktische Belastung von Wien und den heutigen Bundesländern im Jahre 1912 ist gleich einer Summe von 1510 Millionen Goldfronen oder — im Durchschnitt genommen — 25·2 Prozent des Gesamtwertes.

Aus den nachfolgenden Jahren liegen keine statistischen Daten über die Belastungen vor, jedoch kann man ziemlich sichere Schlüsse aus den Durchschnittsbelastungen der Jahre 1911 und 1912, im heutigen Bundesgebiet ziehen. Diese durchschnittliche Belastung war in diesen Jahren 671.113 Goldfronen, für Wien 407.209, abgerechnet 10 Prozent für nichtvermietete Gebäude, ist gleich 366.488 Goldfronen jährlich. Neubelastung: Bundesländer 304.625, hievon ein Fünftel für vermieteten Hausbesitz, ergibt eine durchschnittliche Neubelastung in den Jahren 1911 und

1912 von 60.925 Goldfronen, das ist für Wien und die Bundesländer 427.413 Goldfronen; die Belastung auch für das Jahr 1913 voll und mit 75 Prozent des Jahres 1914 dazugerechnet, ergibt abzüglich der Amortisation von 1913 741.000 Goldfronen. In derselben Zeit ist aber auch die alte Belastung durch zweijährige Amortisation — gerechnet zu 1·5 Prozent — um 45·3 Millionen Goldfronen gesunken. Mit Ende des Jahres 1914 bestand daher eine Gesamtbelastung von 1467 Millionen Goldfronen. In den Jahren 1915 bis 1918 war eine außerordentlich schwache Bautätigkeit. Die Zahl der Wohngebäude ist vom Jahre 1910 von 643.204 nur auf 649.361 im Jahre 1920 gestiegen. Man kann daher auch von Neubelastungen in diesen Jahren nicht reden. Wir müssen aber in diesen Jahren ebenfalls die geleistete Verzinsung und Amortisation abziehen, bei 1·5 Prozent Amortisationsquote ergibt in 4 Jahren 88 Millionen Goldfronen, daher war am 31. Dezember 1918 eine Gesamtbelastung von 1.379,400.000 Goldfronen zu verzeichnen. Die Stichproben der Jahre 1918 bis 1921, die wir bei den Grundbüchern vorgenommen haben, ergeben, daß zirka ein Zwanzigstel, also 5 Prozent der Hypotheken, in Goldparität zurückgezahlt worden sind, und zwar 68·9 Millionen. Daher ergibt sich eine Gesamtbelastung vom 31. Dezember 1921 von 1310 Millionen. Dies ist also der eigentliche Inflationsgewinn der Hauseigentümer — gewiß eine sehr ansehnliche Summe.

Wir müssen aber andererseits auch die Verluste der Hauseigentümer berechnen. Wenn wir annehmen, daß der Wert der Gebäude 5847 Goldfronen war, und wir die Instandhaltung pro Jahr mit 1·2 Prozent des Wertes der Gebäude rechnen — was in Friedenszeiten normal gerechnet wurde —, so ergibt dies für die Zeit von 1915 bis 1928 916 Millionen an Verlust, weil die Gebäude um dies weniger wert geworden sind. Allerdings ist dem entgegenzuhalten, daß ein Großteil der Gebäude auf Kosten der Mieter hergerichtet worden ist. Nach den Statistiken, über die wir verfügen, ist zirka die Hälfte der Gebäude instand gesetzt worden. Ich darf also nicht die ganze Summe von 916 Millionen annehmen, sondern nur die Hälfte von 458 Millionen. Hierzu kommen aber die Mietzinsverluste vom Jahre 1919 bis zum Jahre 1928, und zwar genau pro Jahr gerechnet nach dem Wert, den jeweilig das Geld gehabt hat. Dieser Mietzinsverlust macht die Summe von 1.046,400.000 Goldfronen aus. Zusammen mit den obigen 458 Millionen ergibt dies einen Verlust der Hauseigentümer von 1504 Millionen. Demgegenüber steht der Inflationsgewinn von 1310 Millionen. Sie sehen daraus, daß die Hausbesitzer gegenüber dem Gewinn aus der Rückzahlung der Hypotheken noch einen Mehrverlust von 294 Millionen Goldfronen haben. Die Hauseigen-

tümer haben also die Hypotheken — nicht den Hypothekargläubigern, aber der Allgemeinheit — schon längst wieder zurückgezahlt.

Ich möchte mich noch mit der Redewendung befassen, die Sozialdemokraten wollen nicht die Hand bieten, Hypothekargläubiger zu betrügen. Dieser Satz klingt wirklich moralisch außerordentlich schön. Ich möchte nur eines bemerken. Herr Dr. Renner hat selbst erklärt, daß er die Hypotheken auf seinem Häuschen abgezahlt hat. Mir kommt es vor, daß es für den Hypothekargläubiger ganz egal ist, ob der Mietzins aufgewertet wird oder nicht. Er ist betrogen — nach Ihrer Ansicht —, auch wenn der Mietzins nicht aufgewertet wird. Ich möchte Ihnen hier einige Beispiele vortragen, wie sich sozialdemokratische Unternehmungen an dem von Ihnen als Betrug geschilderten Vorgang beteiligt haben. Ich will nicht Einzelpersonen nennen, weil dies gegen meine Gepflogenheit ist. Der Arbeiterkonsumverein Mödling zum Beispiel hat ein Gebäude, auf dem er eine Schuld von 2800 fl., von 10.000 Goldfronen aus dem Jahre 1912 und noch eine Post von 10.000 K gehabt hat. Diese Schuld hat er am 11. April 1924 mit total entwertetem Gelde zurückgezahlt. Das Eisenbahnerheim Margareten in Wien hat auf seinem Gebäudebesitz eine Schuld von 700.000 Goldfronen gehabt; das haben Sie mit 50 Goldfronen zurückgezahlt. Die „Vorwärts“-Verlagsanstalt — ich will nur eine Post herausnehmen —: 955.000 Goldfronen haben Sie mit 637 Goldfronen zurückgezahlt. In Innsbruck zum Beispiel haben Sie auf dem Arbeiterheim in der Mentlgasse eine Post mit 20.000 K, eine Post mit 37.000 K und eine Post mit 8000 K, zusammen 73.000 K, als Schuld gehabt — das haben Sie zurückgezahlt mit einer Summe von 7 S 30 g am 12. Oktober 1925. (Hört! Hört!) Die Tiroler Arbeiterbäckerei in der Andreas Hofer-Straße hat eine Belastung von 200.000 Goldfronen aus dem Jahre 1911 gehabt. Das haben sie zurückgezahlt am 27. Juni 1921 mit total entwertetem Geld. Der sozialdemokratische Arbeiterverein in Steyr hat auch 165.000 Goldfronen Schulden gehabt und hat sie ebenfalls erst im Jahre 1923 in total entwertetem Gelde abgezahlt. Sie werden mir vielleicht darauf zur Antwort geben, diesen Betrug haben wir selbst gemacht, das ist etwas anderes, als wenn man jemandem zu einem Betruge die Hand reicht. Wir sehen also, daß Sie in der eigenen Praxis ganz dasselbe machen, was Sie uns gewissermaßen vorwerfen, und daß Sie keinen Anstand nehmen, eine solche bürgerliche und kapitalistische Praxis im eigenen Wirkungskreis auszuüben. (Eldersch: Machen Sie ein Gesetz für die Aufwertung!) Sie haben ja in verschiedenen Wirkungskreisen Gelegenheit, das selbst zu machen, lehnen es aber ab.

Sie sprechen auch immer von diesen Hyänen von Hausbesitzern. Ich könnte Ihnen einige Beispiele angeben, daß es in Wien Hauseigentümer gegeben hat, die während des Krieges den Zins um 30 Prozent herabgesetzt haben, um den Familien der Eingerückten das Leben zu erleichtern.

In der Debatte wurde auch die Bemerkung gemacht, daß man den Mieterschutz deshalb nicht abbauen könne, weil dann die Hauseigentümer Auslandsanleihen aufnehmen würden und dies außerordentlich schädlich wäre, da man diese Anleihen an das Ausland verzinsen muß.

Diese Argumentation, die ich noch niemals gehört habe, ist jedenfalls ein Novum. Wenn es so schädlich wäre, sich ans Ausland zu verschulden, so ist es sehr merkwürdig, warum zum Beispiel die Gemeinde Wien ein Auslandsdarlehen aufgenommen hat und warum sich so zahlreiche sozialdemokratisch geleitete Gemeinden in Deutschland um Auslandsdarlehen direkt bewerben, um mit ihrer Hilfe in den Städten bauen und sonstiges unternehmen zu können. Ich gebe ohne weiteres zu, daß ich kein Nationalökonom von solchem Beltruf bin, wie es Herr Dr. Renner ist, aber ich muß offen gestehen, daß ich von Nationalökonomie so viel verstehe, um zu wissen, daß man im allgemeinen Kredite aufnimmt, weil man der Hoffnung ist, daß man mit Hilfe dieser Kredite sich einen Erzeugungsapparat einrichten kann, die Gesteungskosten verbilligen, hieraus Ersparnisse erzielen und mit Hilfe dieser Ersparnisse nicht bloß den Kredit verzinsen und zurückzahlen, sondern sich überdies noch einen Gewinn erarbeiten wird. Das ist die allgemeine Auffassung über Kredite. Sie scheinen sich hier allerdings eine andere Auffassung zu eigen gemacht zu haben.

Ich möchte auch sagen, daß Sie sich mit dieser Auffassung doch ein wenig im Gegensatz zu ihrem geschätzten Kollegen im Wiener Stadtrat, Herrn Breitner, befinden, der anlässlich einer Budgetdebatte einmal erklärt hat, man könne nicht leugnen, daß durch die Entwertung des Hausbesitzes die Kreditunterlage eine schädliche Schmälerung erfahren habe. Sie sind nach Ihren Äußerungen der Ansicht, daß es überhaupt gar nicht gut ist, wenn wir Kreditunterlagen besitzen, weil wir dann mit den Zinsenzahlungen ans Ausland belastet werden.

Herr Dr. Renner hat auch behauptet, daß der Wert der Häuser nicht verschwunden sei, der Wert der Häuser sei ja da. Wenn der Wert der Häuser da ist, warum borgt dann die Zentralsparkasse der Gemeinde Wien zum Beispiel nicht 50 Prozent des Bauwertes auf Häuser? (Zustimmung.) Ich möchte Ihnen auch sagen: setzen Sie sich einmal mit Ihren Kollegen in der Stadtgemeinde Knittelfeld auseinander. Die haben durch eine eigen-

tümliche Vereinbarung einen großen Häuserblock erworben, und sie sind nun in der denkbar ungünstigsten Situation, weil sie diese Häuser nicht belehnen können, da sie keinen Wert haben. In einer Gemeinderatsitzung haben die sozialdemokratischen Funktionäre der Stadtgemeinde auf den Vorhalt der Bürgerlichen erklärt, das Mietengesetz wird doch nicht ewig dauern, und dann werden wir die Häuser belehnen können. *(Heiterkeit und Beifall.)* Die Auffassung in dieser Beziehung scheint also in Ihrer Partei eine nicht ganz einheitliche zu sein, das möchte ich konstatieren. *(Dr. Eisler: Ein etwas altes Märchen, das Märchen von Knittelfeld!)* Aber ein wahres Märchen, das ist die Hauptsache, auch wenn es alt ist. *(Beifall und Händeklatschen.)*

Ein arbeitsloses Einkommen ist der Hausbesitz. Und weil Sie in tiefster Seele überzeugt sind, daß jedes arbeitslose Einkommen bekämpft werden muß, deshalb bekämpft Dr. Renner das arbeitslose Einkommen und ist gleichzeitig der Schirm- und Schutzherr aller Rentner, die auch ein arbeitsloses Einkommen gehabt haben. Man könnte wirklich glauben, daß hier zwei Seelen in einer Brust wohnen, es ist aber nicht der Fall, es ist nur eine Seele. Ich habe mir langsam die Überzeugung durchgebildet, daß Herr Dr. Renner nicht deshalb für die Aufwertung der Renten kämpft, weil er die Aufwertung haben will, sondern weil er der Überzeugung ist, daß diese Aufwertung eine Unmöglichkeit ist, und weil er glaubt, mit dem Kampfe für eine unmögliche Aufwertung die proletarisierten Rentner mit der Zeit zu seinen Schäfchen bekommen zu können. *(Sehr richtig!)*

Ich möchte, um zu dokumentieren, wie wenig Herr Dr. Renner von der Möglichkeit der Aufwertung überzeugt ist, einige Sätze bringen, die er geprägt hat. Er meinte: „Wenn die Hausrente zugunsten des Hausbesitzes valorisiert wird, müssen auch die Hypotheken valorisiert werden. Eines ohne das andere wäre irrsinnig. Werden die städtischen Hypotheken valorisiert, müßten die ländlichen folgen. Dann kämen die Versicherungsbeträge zur Aufwertung, und auf diese Weise würde die ganze mit Mühe und Not zusammengebrachte Wirtschaftsordnung wieder in ein Chaos verwandelt werden.“ Also wenn die Aufwertung kommt, haben wir nach Ihrer Ansicht ein Wirtschaftschaos, und Sie werden doch nicht für ein Wirtschaftschaos kämpfen.

Es ist merkwürdig. Ich glaube, Sie bekämpfen das arbeitslose Einkommen deshalb, weil Ihrer Ansicht nach Eigentum Diebstahl ist, insbesondere solange der andere das Eigentum besitzt. *(Sehr richtig!)* Die Zentralsparkasse in Wien zahlt ganz selbstverständlich für die Einlagen, die sie bekommt, Zinsen, und es wird sicher auch so mancher von

Ihrer Partei sein, der auch eine Einlage in der Sparkasse hat, was ganz richtig und in Ordnung ist; wer sich was erspart, soll eine Einlage haben, die verzinst wird. Aber ist das nicht die Verzinsung eines arbeitslosen Einkommens? Warum weigern Sie sich nicht, eine solche Verzinsung zu nehmen? Weisen Sie sie zurück, und erklären Sie, ich will kein arbeitsloses Einkommen haben, ich will nicht die Verzinsung meiner Einlage! Vor allem dürfen Sie nicht an der Spitze eines Institutes stehen, welches eine derartig kapitalistische Wirtschaftspolitik befolgt und den Leuten durch die Verzinsung der Einlagen ein arbeitsloses Einkommen zuweist.

Ich möchte nun von den Arbeitslosen sprechen. Es wird immer gefragt, wie der Arbeitslose die erhöhten Mietzinse bezahlen könnte. Ich frage: ist es, wenn jemand in Not gerät, Sache eines einzelnen Standes, die in Not geratenen Bürger zu subventionieren, oder ist es Sache der Allgemeinheit, diese Armen zu subventionieren? Sie könnten ja sonst ebenso verlangen, daß der Fleischhacker, der Schuster oder der Bäcker umsonst oder zu einem verbilligten Preise dem Arbeitslosen seine Produkte liefert, weil der Arbeitslose nicht imstande ist, sich die Produkte zum normalen Preise zu kaufen.

Über das arbeitslose Einkommen, das die Hauseigentümer haben, möchte ich Ihnen auch noch einige Beispiele anführen, und zwar dafür, wie sich sozialdemokratische Hausbesitzer zu diesem arbeitslosen Einkommen stellen. Ich betone wieder, ich werde keine persönlichen Daten anführen, sondern nur von Unternehmungen sprechen. Der Verein „Arbeiterheim“ in Villach hat auf dem Rathausplatz Nr. 4 ein sehr großes Gebäude mit mieterschutzfreien Lokalitäten; er hat sie verpachtet und verlangt im Sommer einen Pachtzins von 1500 S pro Monat und im Winter von 2000 S pro Monat. *(Hört! Hört!)* Der Pächter steht durch diesen hohen Zins vor dem Verlust seiner Existenz und kann dadurch zugrunde gehen, weil er einen Pachtzins von 2000 S im Monat nicht bezahlen kann. Sie erklären, daß die Gewerbetreibenden bei einer Zinserhöhung auf das 2000- bis 3000fache zugrunde gehen werden; warum gehen Sie nicht mit gutem Beispiel voran, sondern nehmen einen Pachtzins von 2000 S im Monat? *(Sehr richtig!)*

Ein anderes Beispiel, damit Sie nicht sagen, ich spreche nur von einer einzelnen Stadt. In Wels hat die Konsum- und Spargenossenschaft, der Konsumverein Wels auch ein Haus gekauft und daran Aufbauten vorgenommen. Heute verlangt er für eine Wohnung von Zimmer und Küche 40 S pro Monat! Wenn wir nicht den valorisierten Zins, sondern den doppelt valorisierten Zins laut Mietenvorlage machen würden, so würden wir noch immer

lange, nicht bei 40 S für Zimmer und Küche stehen. Zimmer und Küche werden in Wels normal 12 bis 15 K gekostet haben. Wenn Sie den 10.000fachen Zins nehmen, was eine Übervalorisierung ist, so wären das 15 S. Wir müßten also den 40.000fachen Zins einführen, wenn wir jenen Betrag für die Wohnung einheben wollten, den die Sozialdemokraten in ihren Gebäuden heute schon einnehmen. *(Sehr richtig!)* Wir sehen also, daß die Sozialdemokraten, die die kapitalistische Wirtschaft der Hausherren so sehr verurteilen, mit Vorliebe, wenn sie selbst Hausherren sind, nicht nur diese kapitalistische Wirtschaft praktizieren, sondern alles tun, um uns in unseren Ansprüchen auf das mächtigste zu übertrumpfen. Wenn ich von der kapitalistischen Wirtschaftspraxis spreche, so möchte ich noch sagen, daß ja auch prononcierte Vertreter der Sozialdemokratie in diesem Hause nicht immer der Ansicht waren, die sie jetzt bekunden, und zwar möchte ich da auch Herrn Dr. Renner anführen. Es ist allerdings schon ziemlich lange her; es war nämlich damals, als der französische Gesandte Mige sich von Wien verabschiedete. Damals hat Herr Dr. Renner die französische Demokratie und ihre Ordnung direkt gefeiert und als vorbildlich für Österreich hingestellt. Ich möchte Ihnen nun sagen, wie die Franzosen und die so gefeierte französische Regierung über den Hausbesitz denken. Der Regierungschef von Frankreich, Poincaré, hat vor vier Jahren, also in der Nachkriegszeit, erklärt, daß er die vielen Millionen Hauseigentümer seines Vaterlandes und die wachsende Zahl der landwirtschaftlichen Besitzer als mächtige Schutz Waffen für sein Land ansehe. Ein Volk, sagte er, das das Besitztum entwickelt, verbreite in Wirklichkeit unter seinen Mitbürgern die Lust zur persönlichen Leistung, die Lebensfreudigkeit. Es gibt ihnen die Gewohnheit, die Voraussicht der Sparsamkeit, der Anhänglichkeit zur Ordnung und Freiheit. Von der Arbeit zur Sparsamkeit, von der Sparsamkeit zum Besitztum, diese Kette setzt sich fort, und in jedem Haus, das sich auf dem Boden unseres Vaterlandes oder der übrigen Nationen erhebt, sind unsagbare Schätze von Arbeit und Energie aufgespeichert.

Das ist die Erklärung des französischen Regierungschefs in bezug auf das Privateigentum und die Wirtschaft, die dem Herrn Dr. Renner gewissermaßen vorbildlich für Österreich erschienen ist. Allerdings muß ich zugeben, daß das noch zu einer Zeit war, wo Herr Dr. Renner beinahe den Pantoffel am Fuße jenes Clemenceau geküßt hat, der den Deutschen einen Fußtritt gegeben hat. Mittlerweile haben sich ja die Ansichten ein wenig verschoben.

Die Opposition sagt, große Werke, Industrie- werke haben ein Interesse an dem Abbau des Mieterschutzes, und zwar jene Werke, welche eigene Arbeiterhäuser und eigene Angestelltenwohnungen

haben. Nun ist es eine Tatsache, daß beinahe die ganze Großindustrie Österreichs eigene Arbeiter- eigene Angestelltenwohnhäuser hat, und diese Industrie ist in Wirklichkeit beim Abbau des Mieterschutzes gar nicht so interessiert, diese Industrie wird durch den Abbau auch nicht so tangiert, denn sie wird ihren Arbeitern und Angestellten keine höheren Löhne bezahlen müssen, weil diese ja für die Wohnungen absolut keine Mehrleistung werden tragen müssen. Und dennoch erklärt man, daß diese Industrie zufolge des Aufbaues der Mietzinse gegenüber dem Auslande nicht mehr konkurrenzfähig sein wird.

Ich möchte hier auch auf eine Äußerung zurückkommen, die der Herr Abg. Rintelen gemacht hat. Er hat hier ausgeführt, daß ich den Abbau des Mieterschutzes und des ganzen Mietengesetzes mit einem Schlag verlange und daß ich mir nicht bewußt bin, was das für Folgeerscheinungen haben könnte. Ich möchte hier richtigstellen, daß ich weder hier in meiner Rede noch jemals erklärt habe, daß ich den Abbau des Mieterschutzes an einem Tag haben will, weil ich das für eine Unmöglichkeit halte. Sondern wir stellen uns vor, daß ein Gesetz geschaffen wird, welches an seinem Ende die Freiheit der Wohnungswirtschaft bringt, wir stellen uns vor, daß der Abbau des Mietengesetzes derart erfolgt, daß mit der Beendigung seiner Wirksamkeit — und die Beendigung dieser Wirksamkeit soll durch eine Terminisierung vorgesehen sein — der Übergang zur freien Wohnungswirtschaft eintritt.

Wenn man mir weiter vorwirft, daß ich von einer falschen Voraussetzung ausgegangen bin, wenn ich die seinerzeitige Schaffung des Mietengesetzes als unrichtig, nicht zeitgemäß und unverständlich geschildert habe, so muß ich schon sagen, daß mir die Voraussetzungen auf der anderen Seite unrichtig erscheinen, weil man nämlich vergessen zu haben scheint, daß, als das Mietengesetz am 7. Dezember des Jahres 1922 in diesem Hause geschaffen wurde, die Krone bereits nur mehr ein 14.400stel wert war, daß also damals schon die Schaffung eines solchen Mietengesetzes unbedingt als eine Unverständlichkeit bezeichnet werden muß.

Es wurden auch, worauf der Herr Abg. Buchinger heute schon hingewiesen hat, Mieterschutz und Einführung der Zölle verglichen, und man sagte, wenn man den Sozialdemokraten vorwirft, daß sie Wohnungsbolschewiken seien, dann seien wir Zollbolschewiken. Nun, wenn ich mich gegen Lebensmittelzuschüsse und gegen Subventionierung des Wohnbedürfnisses wende, weil ich mich gegen jede Konsumsubventionierung wende, denn ich bin der Ansicht, daß jede Verbrauchsunterstützung das Anwachsen des Verbrauches zur Folge hat und jeder Maßstab für die Wirtschaftlichkeit des Verbrauches hiedurch wegfällt. Deshalb sind solche Subventionen und die Fest-

setzung von Höchstpreisen immer von einem Mangel an den betreffenden Artikeln begleitet. Etwas anderes ist es aber meiner Ansicht nach doch, wenn ich für Zölle eintrete. Das ist gerade das Gegenteil. Durch die Zölle soll die Produktion geschützt werden, sie soll unterstützt werden, und durch diese Unterstützung soll eine Kapitalsansammlung ermöglicht werden, wodurch wieder eine Modernisierung der Erzeugung und eine Verbilligung der Produktion herbeigeführt werden soll. Durch die Verbilligung der Produktion soll wieder eine Hebung der einheimischen Erzeugung eintreten, und die zollgeschützten Erzeuger sollen hiedurch die Möglichkeit haben, bei anderen inländischen Erzeugern Käufe zu tätigen und hiedurch die Arbeitslosigkeit zu mindern. Die Unterstützung des Verbrauches aber führt nicht zur Kapitalsansammlung, sondern zur Kapitalaufzehrung und zur Verarmung des Volkes.

Die Landwirte haben also kein Interesse an dem Abbau des Mietengesetzes, wird gesagt; im Gegenteil, die Opposition sagt, sie hätten ein großes Interesse an der Beibehaltung des Mietengesetzes, und zwar deshalb, weil die Konsumkraft des Arbeiters durch eine höhere Miete beim Kauf von Lebensmitteln geschwächt würde. Wie war es denn in Friedenszeiten? In Friedenszeiten hat der Arbeiter 80 Prozent seines Einkommens für Lebensmittel und Kleider verwenden können. Heute allerdings hat der arbeitslose Arbeiter die Möglichkeit, 98 Prozent seines Einkommens für diese Bedarfsartikel (Konsum) zu verwenden. Ich bin aber der Ansicht, daß es der Landwirtschaft lieber ist, daß beschäftigte Arbeiter 80 Prozent ihres Einkommens verwenden können als beschäftigungslose Arbeiter 98 Prozent ihres ganz minimalen Einkommens.

Nun möchte ich zu dem vornehmen Teil der Ausführungen des Herrn Dr. Renner übergehen. Ich und Dr. Berliner! Ja, wer ist denn der Herr Dr. Berliner und was ist denn das für eine enge Kameradschaft zwischen dem Vertreter ländlicher Interessen und dem Herrn Dr. Berliner? Vor allem möchte ich also tatsächlich feststellen, daß ich wirklich einmal die Gelegenheit hatte, den Herrn Dr. Berliner kennenzulernen. Bis jetzt nur einmal, was nicht sagen will, daß es mir vielleicht leid tut, weil ich dieses eine Mal Gelegenheit gehabt hatte, in dieser Persönlichkeit einen außerordentlich tüchtigen Fachmann kennenzulernen. Ja, was war denn eigentlich beabsichtigt mit dem Hinweis: Pistor und Berliner? Nun, damit wollte man gewissermaßen aufzeigen, daß der Vertreter ländlicher Interessen in Wirklichkeit ein Vertreter der Versicherungsinteressen gegen die Interessen der Versicherungsnehmer ist und daß sich der ländliche Vertreter angeblich sehr wohl in der Gesellschaft des Herrn Dr. Berliner und der großen Versicherungsleute befindet. Vor allem muß ich Ihnen folgendes sagen, Herr Dr. Renner: Ich

habe niemals in meinem Leben eine Aktie des „Phönix“ besessen. Vorerst möchte ich richtigstellen, daß ich mit der Lebensversicherungsgesellschaft „Phönix“ überhaupt keine Verbindung habe. Aber ich habe auch noch nie in meinem Leben eine Versicherungsaktie überhaupt besessen. Ich bin lediglich Verwaltungsrat des „Phönix“, weil meine Hausbesitzerorganisation einen Vertrag mit dem „Phönix“ hat, laut welchem ein leitendes Mitglied, solange der Vertrag dauert, Verwaltungsrat des „Phönix“ sein muß, als Kontrollorgan dieses Verwaltungsrates. Ich bin genau so ein Verwaltungsrat, was Sie mir vorwerfen, wie die Betriebsräte des „Phönix“ durch das Gesetz, das Sie jedenfalls mitgeholfen haben zu schaffen, die im Verwaltungsrat des „Phönix“ Sitz und Stimme haben. Ich meine, es gehört schon etwas dazu, wenn man versucht, einen derartigen Umstand so in die Öffentlichkeit zu bringen, wie man das hier getan hat.

Wenn Sie sagen, Sie müssen mir damit die Maske vom Gesichte reißen, und es Ihnen so merkwürdig vorkommt, daß der Mann von der Versicherungsanstalt nunmehr auf das Land hinaustritt, so erkläre ich vor allem, daß ich es als meine Pflicht fühle, die Leute, die sich bei meiner Organisation versichern, zu vertreten. Ich hätte sonst ja schon längst diese Stelle niederlegen können. Ich kann hier auch ganz offen erklären, daß ich keinerlei Bezüge von dieser Versicherungsgesellschaft habe, daß ich nicht einmal für eine Reise zu einer Sitzung irgendein Entgelt erhalte. Es mutet mich komisch an, daß ein Herr, der selbst bei so vielen Unternehmungen Verwaltungsrat war, einem anderen so etwas vorwirft.

Aber, wenn es Ihnen so komisch vorkommt, daß ein ländlicher Vertreter auch in eine Versicherungsanstalt hineingeht und von dort wieder zu den ländlichen Vertretern zurückkehrt, so muß ich schon sagen, das ist jedenfalls weniger aufreizend, wie wenn man in der Zeit der größten Kohlennot sich einen Extrazug als Arbeitervertreter kommen läßt. (Hört!) Ich will nicht kleinlich sein, ich werfe das niemandem vor, wenn er so etwas tut. Aber man soll, wenn man selbst derartige Praktiken macht, nicht über andere herfallen.

Ja, es wurde mir direkt auch der Vorwurf gemacht, wie wenn ich ein Mitschuldiger daran wäre, daß die Versicherungspolizzen, die die Leute durch ein arbeitsreiches Leben einzahlten, nunmehr wertlos geworden sind. Ich meine, der Herr Dr. Renner hat sich an die falsche Adresse gewendet. Mir kommt vor, daß er sich besser an die Adresse jenes Obmannes des Ausschusses gewendet hätte, der das Leibrentnergesetz geschaffen hat, wo nämlich alle Versicherungsgesellschaften, auch die ausländischen, die über reiche Dollarvermögen verfügen, von jeder

Zahlungsverpflichtung an die inländischen Versicherungsnehmer durch den § 10 entbunden wurden. Vielleicht kennt der Herr Dr. Renner den Obmann dieses Ausschusses. Ich bin der Ansicht, daß der Obmann dieses Ausschusses eigentlich zum Ehrenpräsidenten aller Versicherungsgesellschaften des In- und Auslandes gewählt werden sollte, weil er sich so unvergängliche Verdienste um diese Gesellschaften erworben hat.

Ich möchte im Zusammenhang damit noch etwas erwähnen. Diese Angelegenheit mit der Versicherungsgesellschaft „Phönix“, wo ich Verwaltungsrat bin, hat bis zum heutigen Tage außer Herrn Dr. Renner nur eine einzige Gruppe aufgerollt, das ist so ein kleiner Konkurrenzverband vom Reichsbund, dem der Herr Moißl vorsteht, den Sie ja vielleicht kennen werden. Nun hat letzters eine Zeitung sehr interessante Details gebracht über die Fäden, die sich während des Wahlkampfes zwischen der „Arbeiter-Zeitung“ und dem Herrn Moißl gesponnen haben. Es liegt daher ziemlich nahe, daß die Information, die der Herr Dr. Renner hier bezüglich des „Phönix“ verwendete, aus derselben Quelle, die damals die Sache aufgegriffen hat, stammt. Ich muß sagen, ich beneide Sie um diese Bettgenossenschaft nicht. Und wenn sie nicht durch Ihre letzte Rede sich mir als das gezeigt hätten, was Sie sind, so würde ich sagen, vielleicht kommt noch einmal der Tag, wo Sie sich dieser Bettgenossenschaft schämen werden. Die Maske der Gerechtigkeit, die Maske von Treu und Glauben, die Maske desjenigen, der vorgibt, für etwas einzutreten, die muß man herunterreißen. Nun, ich muß sagen, ich brauche Ihnen nicht die Maske herunterzureißen, denn ich bin der Ansicht, daß Sie sich die Larve des Biedermannes so heruntergerissen haben, daß dies niemand anderer besser zustande bringen könnte.

Und zum Schluß möchte ich sagen: Wenn Sie die volkswirtschaftliche Notwendigkeit und die moralische Berechtigung der Aufrechterhaltung des Mietengesetzes wirklich in diesem Hause nachweisen wollen, dann muß ich Sie schon auffordern, daß Sie in Zukunft mit wirklichen Argumenten kommen und nicht mit leeren Phrasen, mit Verdrehungen und persönlichen Verunglimpfungen, mit denen Sie höchstens in einer Versammlung von 14-jährigen roten Falken Eindruck erzielen können, aber nicht in diesem Hause. *(Beifall und Händeklatschen.)*

Dr. Renner: Hohes Haus! Der Herr Abg. Buchinger hat sich an mehreren Stellen mit meiner Rede befaßt, und ich sehe mich genötigt, doch einige Mißverständnisse, die sich da eingeschlichen haben, aufzuklären.

Herr Abg. Buchinger hat sich darüber beschwert, daß ich den Bauern gegenüber den Ausdruck Zolboltschewiken und sogar Schnapsboltschewiken gebraucht

habe, und hat gemeint, das hätten sich die Bauern gewiß nicht um den Staat und auch nicht um die Arbeiter verdient. Nun muß ich in dieser Hinsicht eine Klarstellung vornehmen. Ich habe von der Zwangswirtschaft gesprochen. Ich habe daran angeknüpft, was Professor Rintelen hier gesagt hatte, nämlich, daß die Zwangswirtschaft, die ja in Kriegzeiten notwendig gewesen war, auf der ganzen Linie beseitigt werden müsse; sie sei beseitigt worden, indem die Brotzuschüsse abgeschafft wurden, und es müsse jetzt auch der Mieterschutz abgeschafft werden, die Wirtschaft müsse vollständig frei gestaltet werden. Daran habe ich angeknüpft und darauf hingewiesen, daß nicht etwa nur ein Redner in diesem Hause, sondern die ganze bürgerliche öffentliche Meinung, insbesondere die Zeitungswelt — ich habe dabei besonders auf bürgerliche Zeitungen hingewiesen —, so weit ist, daß sie nunmehr in jeder einzelnen staatlichen Maßnahme, die die Freiheit der Privatwirtschaft irgendwie beeinträchtigt, schon Bolschewismus sieht. Es ist so weit gekommen, daß ganz selbstverständliche Dinge wie Verstaatlichung oder Kommunalisierung gewisser Wirtschaftszweige als Bolschewismus hingestellt wird. Wir haben uns immer gegen diese Auffassung gewehrt und haben gesagt, wir sind ja bei uns nicht so weit, von irgendeiner Verwirklichung einer Forderung des Sozialismus zu sprechen. Es handle sich darum, daß hier das Gemeinwesen in vielen Dingen an Stelle der Privatwirtschaft Gemeinwirtschaft zu treiben genötigt ist, und oft und oft haben wir in unserer Polemik darauf hingewiesen, daß derjenige, der die Gemeinwirtschaft gegenüber der Privatwirtschaft in so eklatanter Weise zum Siege geführt hat, vor allem Dr. Karl Lueger in der Gemeinde Wien war, und ich würde Ihnen empfehlen, die „Neue Freie Presse“ aus der Zeit nachzulesen, als die englische Gasgesellschaft aus Wien hinausgeworfen wurde. Jene Presse hat gegenüber Dr. Karl Lueger und den Christlichsozialen ganz dieselben Redewendungen gebraucht, die sie heute gegen den Breitner gebraucht. Natürlich, das Schlagwort vom Bolschewismus konnte sie damals nicht anwenden, weil es ja damals noch nicht existiert hat. Wir haben also wiederholt gesagt, ja, wenn das Bolschewismus ist, daß die Gemeinde Wien für die gemeinwirtschaftlichen Bedürfnisse, das heißt für die Bedürfnisse der Allgemeinheit oder großer Volksteile auf gemeinwirtschaftliche Art vor sorgt, wenn das Bolschewismus ist, war Lueger ein Gasboltschewik und der große Geologe Sueß ein Wasserboltschewik. Und so können Sie Bolschewismus auf der ganzen Linie feststellen. Dann war Fürst Bismarck, der das Eisenbahnwesen in Preußen in einem früheren Stadium vor nahezu 50 Jahren verstaatlicht hat, ein Eisenbahnboltschewik, dann wimmelt es in der ganzen Welt von Boltschewiken.

Und nun habe ich die Bauernschaft darauf aufmerksam gemacht — es ist mir gar nicht eingefallen, sie zu verunglimpfen, wie das Herr Buchinger gesagt hat —, daß die Bauernschaft selbst überall dort, wo es in ihrem Interesse ist, ganz bewußt und zielsicher die Gemeinwirtschaft und den Staatszwang, die Wirtschaftseinmischung, die Zwangswirtschaft für sich in Anspruch nimmt. Das tut die Bauernschaft auf der ganzen Linie, wo es ihr nützlich ist. Wenn wir das verlangen, dann ist es Bolschewismus. Wenn Sie es selbst tun, ist es wahrscheinlich Gemein Sinn, Interesse am Gemeinschaftsleben usw. Dieser Widerspruch bewegt Sie fort und fort. Wenn Sie Ihre Absatzgenossenschaften, Ihre Produktionsgenossenschaften, Ihre Kreditgenossenschaften machen, ist das natürlich ein Ausfluß des Gemein Sinnes der Bauernschaft. Wenn die Arbeiter dasselbe machen und Konsumvereine schaffen, ist das wahrscheinlich Bolschewismus. (*Ruf: Das ist nie gesagt worden!*) Ja, aber Sie sind an der Front derjenigen, die die Genossenschaften der Arbeiter bekämpfen. (*Ruf: Das ist etwas anderes!*) Das, was für Sie recht ist, ist für die Arbeiter schlecht. Nun gibt es gar keinen schwereren Staatseingriff als den Grenzzoll, insbesondere den Getreidezoll. In der Frage des Getreidezolles hat sich ja vor jetzt 100 Jahren die Frage: Privatwirtschaft oder Staatseingriff entzündet. In dem Kampf um den Getreidezoll hat sich die ganze Auffassung von der Freiheit der Wirtschaft durchzusetzen begonnen. Daher kommt ja jener Manchesterliberalismus. Der Kampf gegen die Getreidezölle in England war der Anfang, war die tragende Säule jener ganzen Geistesrichtung des Manchesterliberalismus, welcher die Theorie verkündet hat: Kein Eingriff des Staates in die Privatwirtschaft. Gerade der Getreidezoll ist der typische Eingriff des Staates in die Privatwirtschaft und ein Eingriff, der ja weit mehr Wirkung auf die gesamte Volkswirtschaft hat als alles andere; denn dadurch wird das Lebensniveau der gesamten Bevölkerung, die Brot konsumiert, künstlich verschoben. Ich spreche jetzt nicht darüber — damit ich nicht mißverstanden werde —, ob Getreidezölle wünschenswert sind oder nicht und wann sie es sind, sondern wir reden von der Frage des Staatseingriffes. Nun sehen Sie:

Dieser Manchesterliberalismus, der jetzt aus allen Ihren Reden klingt und der einen unbewußt typischen Vertreter in dem unmittelbaren Vorredner hier gefunden hat, der Manchesterliberalismus, der die absolut schrankenlose, von der öffentlichen Gewalt, von dem staatlichen Gesetz nicht berührte Souveränität des Eigentümers festhält, dieser Manchesterliberalismus ist vor 50 und mehr Jahren bekämpft worden — und wer, glauben Sie, war der Führer in diesem Streit? Der christliche Sozialismus! (*Ruf: Vogelsang!*) Ja, der jetzt ganz

und gar vergessen zu sein scheint. Und damals ist gesagt worden: Das Eigentum muß beschränkt und gebändigt werden, das Eigentum ist Pflicht in erster Linie. In die deutsche Reichsverfassung, in die Verfassung von Weimar selbst ist ein verfassungsmäßiger Programmgrundsatz aufgenommen: Besitz verpflichtet. Wenn nun angesichts dieser 50-jährigen Entwicklung jemand kommt und — wenn auch nicht in seiner heutigen Rede, die ja gar keinen theoretischen Anklang gehabt hat, aber in seiner letzten Rede — so waldursprünglich, als wenn diese 50 Jahre geistige Entwicklung nicht über die Menschheit hinweggegangen wären, von der Heiligkeit des Eigentums redet wie ein Manchesterliberaler der vierziger Jahre des vorigen Jahrhunderts und immer wieder draußen und herinnen sagt, eine staatliche Maßnahme wie das Mietengesetz ist ein Diebstahl am Eigentum, so muß man das mit aller Entschiedenheit zurückweisen, nicht nur als ungehörig, sondern als unsinnig, vom Standpunkte der allgemeinen Entwicklung als lächerlich.

Nun geht das aber nicht an, meine Herren vom Lande, daß die Bauernschaft sich so einseitig einstellt und Staatshilfe, auch Staatskredit, direkte staatliche Wirtschaftsmaßnahmen für sich fordert, wenn aber die Arbeiterschaft für sich nur wenig davon verlangt, sofort schreit: Bolschewismus. Das muß ausgeschlossen sein. (*Buchinger: Wodenn? — Kollmann: Aber Herr Kanzler!*) Das ist nicht nur in der Wohnungsfrage, sondern in allen anderen Fragen so. Aber die Privatwirtschaft, jede einzelne Privatwirtschaft — ich mache diese allgemeine Bemerkung — ist heute so sehr und so innig mit der Gesamtwirtschaft verflochten, daß ohne ein weitestgehendes Maß von Gemeinwirtschaft die Privatwirtschaft daneben gar nicht denkbar wäre. Sie können sich heute gar nicht mehr vorstellen, daß alle Eisenbahnen Privatbahnen sind, und es wäre dann für die Landwirte zum Beispiel gar nicht möglich, die zahlreichen Hilfen in der Eisenbahntariffpolitik durchzusetzen, die sie brauchen. Wenn Sie zum Beispiel das Jungvieh aus der Ebene, wie es in vielen Orten geschieht, auf die Gemeinschaftsweide hinaufbefördern, den Sommer über oben lassen — eine sehr nützliche und heilsame Maßregel — und dann wieder zurückbringen, so ist Ihnen das nur dadurch möglich geworden, daß Sie dafür einen Ausnahmetarif bei den Bahnen haben. Sie sollen ihn haben; aber Sie sollen doch nicht in einem Atemzug leugnen, daß Gemeinwirtschaft auch für Sie nützlich und zweckmäßig ist, und Sie sollen sich nicht durch eine solche Agitationsweise, wie sie hier von verschiedener Seite versucht worden ist, dazu verführen lassen, eine falsche Front zu beziehen. Die Bauernschaft war durch die ganzen anderthalb Jahrtausende, durch die wir ihre Wirtschaft und ihre Entwicklung kennen, immer gemein-

wirtschaftlich orientiert, von der ältesten Markgenossenschaft angefangen bis in die jüngste Zeit, und ich behaupte, die Bauernschaft ist verführt und in die falsche Front gedrängt, wenn sie in einer Maßregel, die eigentlich sie direkt ganz wenig berührt — abgesehen von einzelnen Fällen, die der Herr Abg. Buchinger auch angeführt hat, daß zum Beispiel ein Landwirt das Ausgebinthäuschen in Miete gegeben hat und es jetzt selbst braucht und nicht freibekommen kann; solche Fälle können ja vorkommen —, wenn die Bauernschaft in einer solchen Sache, wie es der Mieterschutz ist, auf der Seite des großstädtischen kapitalistischen Hausbesitzes kämpft, so kämpft sie nach meiner Meinung auf der verkehrten Front. *(Lebhafter Beifall.)*

Ich habe das auch in einer anderen Hinsicht, nämlich im Hinblick auf die Konsumkraft der Massen, gesagt. Es stellt sich jetzt ein merkwürdiges Verhältnis her. Die Arbeiterschaft ist durch die „Naturfreunde“-Bewegung sehr stark in die Lage versetzt, auf das flache Land hinauszukommen und auch die Lebensverhältnisse der Landwirte kennenzulernen. Dazu kommt noch, daß viele Familienbeziehungen mitspielen, viele Arbeiter sind in der ersten, mindestens in der zweiten Generation mit dem flachen Lande verbunden, sie kennen also annähernd die Lebensweise der Bauern. Aber ich glaube, unsere Freunde Pölzer und Sever, die die Bezirke Favoriten und Ottakring vertreten, werden eine Bauernführung durch den 10. Bezirk und Ottakring und die Arbeiterviertel vornehmen müssen, damit die Bauern einen Begriff bekommen, wie man in der Großstadt lebt. Da sie, sooft sie nach Wien kommen, durch ihre ganze Tätigkeit, sei es, weil sie einkaufen oder verkaufen oder weil sie bei öffentlichen Behörden zu tun haben, nur mit den inneren Bezirken von Wien in Berührung kommen und hier soviel Dinge sehen, die da genossen werden, Kinos und weiß Gott welche Genüsse, so meinen sie, die Lebenshaltung der Großstadt Wien befinde sich auf einer außerordentlichen Höhe, und Sie erzählen da von Kinos und allem möglichen als Beweismittel für die Lebenshaltung der Massen. Ich warne davor, diesen Schein für Tatsache zu nehmen. Die Wiener Arbeiterkammer hat Haushaltsbücher an Arbeiterfamilien herausgegeben, sie hat eine große Zahl von Familien mit solchen Haushaltsbüchern ausgerüstet und eine Prämie dafür gezahlt, daß Tag für Tag Ein- und Ausgaben aufgezeichnet werden, und hat so ein Bild gezeigt, wie die Arbeiter, die Arbeitslosen, die beschäftigten Arbeiter und Kleinbeamten leben. Wenn Sie diese Bücher, die auf Grund von authentischem Material erarbeitet sind, lesen, so bekommen Sie erst einen Begriff, wie sich das Leben wirklich darstellt; denn, was Sie an der Oberfläche sehen, das ist gar nicht maßgebend; das, was diese Zahlen beweisen, ist das Maßgebende.

Und ich werde Ihnen noch andere Dinge sagen, die maßgebend sind, ich habe schon einige angeführt. Ich habe unsere Arbeiterheime angeführt, die ein glänzender Maßstab für das sind, was die Arbeiterschichte, die dort verkehrt, verzehrt. Die Arbeiterheime haben ja die Aufschreibungen darüber, was sie vor dem Kriege an Wein, Bier und Mineralwasser verkauft haben und was sie jetzt verkaufen. Beim Wein ist es ein Fünftel dessen, was vor dem Kriege verkauft wurde, beim Bier ist es vielleicht ein Drittel. *(Ruf: Auch ein Fünftel!)* Also auch nur ein Fünftel. *(Buchinger: Das ist überall so! Der Weinkonsum ist überhaupt und überall zurückgegangen!)* Hier handelt es sich nicht darum, festzustellen, ob da und dort der Wein nicht mehr gemocht wird, sondern die Leute würden ja gerne wie früher ein Gläschen Wein trinken — das ist ja eine der historischen Gewohnheiten in diesem Lande. Wenn Sie aber sehen, daß in einem Arbeiterheim bei einem ziffermäßig viel stärkeren Besuch nur der fünfte Teil an Wein und ein Fünftel an Bier konsumiert wird, so muß doch etwas vorgegangen sein, da doch eine alte hundertjährige Volksgewohnheit so erschüttert ist. Wir sehen das auch bei den Konsumvereinen. Die Konsumvereine führen alle Haushaltsartikel, aber die wertvolleren, die besseren Qualitäten von Haushaltsartikeln können in dem Maße nicht mehr gekauft werden wie früher, diese Artikel gehen im Umsatz zurück. Die Leute leben buchstäblich von der mittleren Qualität des Allernotwendigsten und Gewöhnlichsten. So leben sie heute. Im Zusammenhang damit habe ich die Milch herausgenommen, nicht etwa als alleiniges oder als Beweismittel an sich, sondern nur als einen Beleg. Wir haben das an der Milch besonders erfahren. Die Milch hat uns aus vielen Gründen interessiert. Wir haben auch einen kleinen Betrieb, nicht etwa aus großem Produktions Ehrgeiz, sondern gleichsam als Kontrollbetrieb, damit man sieht, wie sich die Produktion in Wirklichkeit gestaltet. Wir haben nun die größten Anstrengungen gemacht, die Milch durchzusetzen, mehr Milch abzusetzen. Darauf habe ich hingewiesen, und ich habe bei diesem Hinweis auf unsere Aktion so nebenher erzählt, daß wir dabei ganz konform mit der großen genossenschaftlichen Landesmolkerei gegangen sind, daß diese Landesmolkerei uns einen Entwurf ihres Aufrufes vorgelegt hat, und ich habe es als Kuriosum erzählt, daß ich selber an diesem Entwurf mitgearbeitet habe. *(Buchinger: Ich habe auch das nicht bestritten!)* Wir haben dann diesen Entwurf gemeinsam herausgegeben, und Sie haben in den bürgerlichen und wir in den proletarischen Kreisen dafür geworben: Trinkt mehr Milch! Es ist nun interessant: wir haben mehr Milch abgesetzt, aber doch so unendlich weniger als im Frieden, und die Leute die den fünften Teil an Alkohol genießen, genießen etwas

mehr als die Hälfte der Milch vom Frieden. Ja, glauben Sie denn, wenn die Leute das Geld dazu hätten, daß sie nicht lieber mehr Milch nehmen würden, als es der Fall ist? Es ist doch ganz unerhört, daß eine Familie mit mehreren Kindern nicht mehr als einen Liter pro Tag beziehen kann. Wir haben aber kinderreiche Familien, die nicht mehr beziehen können, alle Agitation ist umsonst, die Leute können nicht mehr kaufen.

Und jetzt kommt der Punkt, auf den es hier bei Beratung des Mieterschutzes ankommt. Die Arbeitslöhne sind der Konsumfonds der Arbeiter. Was der Arbeiter nicht als Lohn bezieht, kann er nicht konsumieren, und dieser Lohn muß aufgeteilt werden auf die einzelnen Konsumbedürfnisse. Darüber besteht eine ganze Wissenschaft, die 60 oder mehr Jahre alt ist und vom Franzosen du Quetlet begründet wurde, eine Konsumstatistik, eine Katalogisierung, die in der jüngsten Zeit auch in einem Werke des Internationalen Arbeitsamtes zusammengefaßt wurde — eine Sache, die auch 50 oder mehr Jahre durch die Welt geht. Diese Statistik sagt: je mehr der einzelne Konsument für die aller- notwendigsten Bedürfnisse ausgeben muß, um so weniger gibt er für die zusätzlichen Bedürfnisse aus, und das Bedürfnis, das kategorisch allen anderen Bedürfnissen im Wege steht, ist das Wohnungsbedürfnis, denn das erste ist: jeder braucht ein Dach über seinem Haupt. Darum gehen bei all diesen Konsumstatistiken und vergleichenden Konsumdarstellungen die Ansätze für den Wohnungsbedarf voraus. Sie finden nun in der vergleichenden Statistik der Großstädte — auch eine solche haben wir schon —, daß die Stadt Wien, die früher einmal in der Konsumstatistik sehr weit oben rangiert hat, heute unter allen europäischen Großstädten die zweit- oder drittleiste an Konsumkraft ist. Wenn sich jemand dafür interessiert, bin ich bereit, ihm die vom Völkerbund errechneten Daten vorzulegen; sie sind der Weltwirtschaftskonferenz unterbreitet gewesen. Ich werde mich nicht irren, wenn ich sage, daß Wien die drittleiste Stadt unter allen Hauptstädten ist, wobei auch die ganz neuen Hauptstädte, wie Reval und Riga, mit eingeschlossen sind!

Ich sage nun, daß es für die österreichische Landwirtschaft entscheidend ist, an wen sie liefert. Die österreichische Landwirtschaft kann ja nicht ins Ausland liefern — mit Ausnahme gewisser Dinge, wie zum Beispiel Zuchtvieh; im großen und ganzen aber kann sie nicht ins Ausland liefern, sondern muß im Inland verkaufen, und ihr Käufer ist im großen und ganzen das industrielle Proletariat und das Kleinbürgertum. Täuschen Sie sich nicht, meine Herren: das, was die sehr schmal gewordenen Oberschichten in Österreich kaufen, kommt für die Landwirtschaft gar nicht in Betracht; es handelt

sich ja dabei meistens auch um ausländische Qualitäten. Derjenige, der Ihr Brot, Ihr Fleisch, Ihre Produkte verzehrt, das ist der Hauptsache nach der Arbeiter. Und nun machen Sie folgende Rechnung: Von den 100 Prozent Einkommen bezahlt der Arbeiter heute bestenfalls 5 Prozent für Mietzins, manchmal auch weniger. Morgen wird er 40 und 45 Prozent zahlen. (*Widerspruch. — Rufe: Aber, aber!*) Ich meine unter „morgen“ natürlich den Zeitpunkt, wo der Mieterschutz aufgehoben ist. (*Kollmann: Wenn der Zins die volle Höhe erreicht, sind das noch nicht 9 Prozent seines gesamten Einkommens!*) Herr Abg. Kollmann, auf den statistischen Nachweis bin ich sehr neugierig, wo in Friedenszeiten der Arbeiter für seine Wohnung nur 9 Prozent seines Einkommens aufgewendet hat. (*Zwischenrufe.*) Der Herr Abg. Kollmann hat insofern recht, als ich in einer drastischen Ausdrucksweise „morgen“ gesagt habe. Nun, morgen werden Sie es auch nicht erleben, daß dieses Gesetz fertig wird: aber ich meine den Zeitpunkt der Aufhebung des Mieterschutzes. Nach der Aufhebung des Mieterschutzes wird das Verhältnis, wie es in Friedenszeiten war, sich wiederherstellen, und der Zins wird 35 bis 40 bis 45 Prozent des Einkommens der Arbeiter und Angestellten betragen. (*Widerspruch.*) Diese Tatsachen werden ja im Ausschuß dargelegt werden. Ich bin sehr froh, daß der Ausschuß genügend Zeit haben wird, die ziffermäßigen Unterlagen herbeizuschaffen, und meine Freunde im Ausschuß werden Gelegenheit haben, Ihnen diese nationale und internationale Statistik vorzutragen.

Ich habe nun folgendes gesagt: Nehme ich einen so hohen Prozentsatz des Einkommens dem Arbeiter weg, so ist die Konsumkraft des Arbeiters für die Produkte der Landwirtschaft entschieden und entscheidend verringert. Nun frage ich Sie als Landwirte: Wo wollen Sie denn mit Ihren Produkten hin? Wir haben ja nicht mehr einen so großen Markt mit so vielen Möglichkeiten wie ehemals. Wir sind hier ein kleines Ländchen, und Sie müssen damit rechnen, daß hier in Wien und im Wiener Becken, also in Wiener Neustadt, dann in Linz, in Graz und in den anderen Städten Ihre Konsumenten sind. Und nun wollen Sie diesen Ihren Konsumenten systematisch allmählich die Möglichkeit entziehen, landwirtschaftliche Produkte zu kaufen? Wozu plagen Sie sich denn? Und um zu beweisen, wie ernst das ist, habe ich nur das Beispiel der Milch angeführt. Es ist doch wahr und sehr lobend anzuerkennen, daß unsere Landwirte alles getan haben, um mehr Milch zu produzieren, und es ist ebenso wahr, daß unter normalen Verhältnissen eine Milchschwenne entstanden ist und unsere Landwirte ihre Milch nicht mehr verkaufen konnten, obwohl unsere städtische Bevölkerung nur mehr einen Bruchteil soviel Milch

genießt wie früher. Werden Sie nicht zugeben müssen, daß diese Frage, volkswirtschaftlich gesehen, eine Frage der Konsumkraft der Arbeiter ist und also eine Frage des Absatzes der landwirtschaftlichen Produkte? Wenn Sie das nicht sehen und bekennen wollen, werden Sie nie zu einer entsprechenden Beurteilung der Dinge kommen. Das wollte ich sagen, und ich trete der Bauernschaft in keiner Weise nahe, im Gegenteil, meine ganze Argumentation läuft darauf hinaus, die Interessen der Bauern selbst auf das ernsteste zu berücksichtigen. Das ist also eine volkswirtschaftliche Auseinandersetzung, die, wie ich glaube, nützlich und notwendig war, um Mißverständnisse zu zerstreuen.

Mit dem Herrn Abg. Pistor mich auseinanderzusetzen, ist etwas schwieriger. Vor allem andern aus dem Grunde, weil ein großer Teil seiner Ausführungen — er wird den Ausdruck verzeihen — in kleinen Verdächtigungen und Entstellungen bestanden hat, die ja leicht und einfach zurückgewiesen sind. Es ist ein bekanntes Argument: Wenn jemand dafür eintritt, daß Produktionsmittel verstaatlicht werden sollen, wenn jemand in der Gesetzgebung dafür eintritt, daß zum Beispiel alle Verkehrsmittel verstaatlicht werden sollen, so ist es ein billiger Einwand zu sagen: Wenn du verstaatlichen willst, so gib das her, was du hast! — das *argumentum ad hominem*. Der einzelne soll den Anfang machen. Es ist genau die Maßregel, deren Absurdität schon der alte Rothschild in Frankfurt vor 80 Jahren dargetan hat, der gesagt hat: Teilen wollt ihr? Wenn ich mein Geld auf alle deutschen Arbeiter verteile, kommt auf einen 1 Taler! Da hast du deinen Taler und geh! Es ist die alte Sache: Daß man ein Wirtschaftssystem anders will und gesetzlich anders will, besagt ja nicht, daß der einzelne, solange das alte Wirtschaftssystem besteht, in der Lage ist, für sich eine Ausnahme zu machen. Wenn also der Mieterschutz im allgemeinen besteht, als Gesetz, wirst uns der Herr Abg. Pistor vor, daß wir ihn auch für uns anwenden. Wenn für neue Wohnungen nach dem allgemeinen Gesetz die Möglichkeit besteht, höhere Mietzinse zu verlangen, und wir tun das, so sagt er, es sei das ein Widerspruch in unserer Haltung. (*Pistor: Weil Sie die privatkapitalistische Wirtschaftsordnung in allen Zweigen bekämpfen!*) Es ist aber nicht wahr, wir halten uns an das Gesetz, wie es besteht. Anders vorzugehen wäre auch ganz zwecklos. Es ist da gesagt worden, dieses eine Haus, ich weiß nicht wo, dieses Arbeiterheim in Villach hat einen Pachtzins verlangt, der einen Geschäftsmann zugrunde gerichtet hat. Nun, ob ein Geschäftsmann aus diesem oder aus einem anderen Grunde zugrunde gegangen ist, ist erstens eine Frage der Beurteilung. Aber das Entscheidende ist folgendes: daß das Arbeiterheim Villach dieses Geschäft wieder verpachtet hat und ein Pächter sich angeboten hat, der mehr zahlt. Die

Verpachtung eines Geschäftes ist einfach eine Sache des Verkehrs, und der Pächter ist nach privatwirtschaftlichen Gesichtspunkten verpflichtet, sein Interesse selbst zu wahren. Ich möchte den Verpächter kennenlernen, der, wenn ein Pächter kommt und ihm eine bestimmte Summe anbietet, sagt: Sie, Herr, das ist mir viel zu viel, geben Sie mir weniger! (*Zwischenrufe. — Manhalter: Jetzt sind wir auf einer Linie!*) Es handelt sich hier um die Verpachtung eines privaten Betriebes. Alle diese Beispiele, die angeführt worden sind, befinden sich auf diesem Niveau. Es wurde weiters angeführt, daß der Konsumverein Mödling seine Hypothek zurückgezahlt hat. Ja, das ist selbstverständlich, ganz selbstverständlich! Der Konsumverein ist ja nicht der Gesetzgeber. Sie werden doch nicht glauben, daß volkswirtschaftlich irgendeine Wirkung erzielt worden wäre, wenn der Konsumverein die Hypothek aufgewertet hätte. (*Heiterkeit und Rufe: Sehr richtig!*) Das ist doch absolut sinnlos! (*Manhalter: Nicht das ist das Unglaubliche, daß er sie zurückgezahlt hat, aber daß man das als Betrug bezeichnet hat!*) Davon werde ich sofort reden. Der Herr Abg. Pistor hat sich hier eine kleine Verschiebung des Streitgegenstandes erlaubt. Ich weiß nicht, ob er Anwalt ist, ich kenne ihn persönlich nicht, aber es ist eines Anwaltes der schlimmsten Art und der östlichsten Provenienz würdig, was er getan hat. Denn ich habe gesagt: Wenn alle daran glauben müssen, daß der Krieg Werte zerstört hat, wenn der Kriegsanleihebesitzer daran glauben muß, wenn der Spar-einleger und alle die anderen und der Hausherr auch, so geschieht keinem ein Unrecht, denn alle sind gleich behandelt worden. Wenn in diesem Zusammenhang auch der Hypothekargläubiger daran glauben muß, so ist er nicht betrogen worden. Da sind alle gleich behandelt. In welchem Sinne habe ich nun von Betrug gesprochen? Ich habe gesagt: man soll dem Hausbesitzer speziell seine Hausherrnrente wieder erhöhen; man verlangt weiter, daß dadurch die Häuser Wert gewinnen, und nachdem diese Häuser Wert gewonnen haben, wird man auf die Häuser neue Auslandanleihen auflegen können. Und da habe ich gesagt: nein, da muß man erst die alten Hypothekargläubiger bezahlen. Und wenn man dann, nachdem man aufgewertet hat, diese Aufwertung vollziehen will, um Auslandanleihen aufzunehmen, dann betrügt man die Hypothekargläubiger, denn da handelt man offenbar unter der Voraussetzung: du bekommst nichts, während ich bekomme, und der Ausländer soll neue Hypotheken begründen, der alte Hypothekargläubiger also leer ausgehen. Das ist der Betrug, und diesen Sachverhalt hat der Herr Abg. Pistor entweder nicht deutlich genug — ich meine intellektuell — wahrgenommen oder er hat ihn entstellt, sonst könnte er nicht die Konsequenzen ziehen, die er gezogen hat.

Diese Argumentationen gehen nun in demselben Kaliber fort. Er sagt: Ja, sind denn die Sozialdemokraten auf einmal für Auslandsanleihen oder wie ist das? Dr. Renner lehnt Auslandsanleihen ab. Das ist mir gar nicht eingefallen. Es ist auch nicht so, daß mein Parteigenosse Breitner Auslandsanleihen einmal prinzipiell abgelehnt und einmal prinzipiell nicht abgelehnt hätte. Das ist alles ganz falsch und ist eine Entstellung dessen, was wir sagen und wollen. Der Herr Stadtrat Breitner hat erklärt: Ich werde für die Stadt Wien eine Anleihe so lange nicht aufnehmen, als die Stadt Wien nicht einen Zinsfuß erzielt wie die anderen großen Städte, einen Zinsfuß, den ich ertragen kann, und ich werde keine Anleihe aufnehmen zu anderen Zwecken als für meine produktiven Unternehmungen. Wie die Zinsfußverhältnisse und die allgemeinen Weltkreditverhältnisse sich so gestaltet haben, hat er ja ein ausländisches Anleihen zu dem angegebenen Zweck aufgenommen. Es ist also nicht so, daß wir etwa ausländische Anleihen grundsätzlich verwerfen; im Gegenteil, ich halte es für sehr nützlich, Auslandsanleihen aufzunehmen. Es kommt allerdings auf die Bedingungen an. Wenn ich eine Auslandsanleihe unter den gewöhnlichen kommerziellen Bedingungen aufnehmen, bin ich dafür; wenn ich aber eine Auslandsanleihe aufnehmen, wie seinerzeit der Herr Bundeskanzler Seipel, indem ich dafür unsere ganze staatliche Freiheit hingebe und unsere Volkswirtschaft verpfände, so bin ich dagegen. *(Zustimmung.)* So stehen also die Dinge und nicht so primitiv und einfach, wie man es sich auf Ihrer Seite vorgestellt hat.

Aber worauf kommt es denn hier an, und worauf ist es denn hier angekommen? Es hat sich nicht um Auslandsanleihen gehandelt, sondern um die Tatsache, die ich hervorgehoben habe, daß, wenn wir die Mietzinse nicht valorisieren, wenn wir also die Mietzinse auf der alten Stufe lassen, der zum großen Teil heute schon ausländische Hausbesitz davon eine sehr geringe Verzinsung hat. In dem Augenblick, wo ich die Mietzinse valorisiere, habe ich den ganzen ausländischen Hausbesitz zu verzinsen, habe also die Zinsen ins Ausland zu schicken, ohne daß ich ein neues Anleihen bekomme. Das ist es, was ich gesagt habe. Ich werde also unsere ganze Arbeiterschaft mit höheren Mietzinzen belasten, ich werde das Betriebskapital aller industriellen Unternehmungen, die die Löhne zahlen müssen, ausplündern zu dem Zweck, damit ich Jahr für Jahr hohe Mietzinse ins Ausland zahlen soll — das ist das Gegenteil davon, daß unser Betriebskapital vermehrt wird. Ich glaube, daß es nun auch dem Herrn Abg. Pistor schon klar ist. Wenn nicht, dann würde ich versuchen . . . *(Pistor: Laut stenographischem Protokoll haben Sie es nicht so gesagt, sondern so, wie ich es darstellte!)* Das Protokoll liegt dort auf

meinem Tisch, Sie können sich davon überzeugen, daß es so gesagt war. Wenn wir also valorisieren, dann nehmen wir aus unserem industriellen Betriebskapital Stücke heraus und schicken sie Jahr für Jahr ins Ausland. Das belastet unsere Volkswirtschaft und entlastet sie nicht.

Nun hat der Herr Abg. Pistor auch über meine Stellung zur Aufwertung gesprochen und hat gemeint, das sei ein Widerspruch oder irgendein versteckter Vorbehalt oder ein demagogisches Manöver, um die Leute in die Scharen der Sozialdemokratie hereinzulocken. Das zwingt mich natürlich, zur Beseitigung aller Mißverständnisse, und damit keine Legende daraus werde — jeder Irrtum, auch jeder Pistorische Irrtum wird sofort zu einem historischen, wenn man ihn nicht berichtigt —, darauf einzugehen. Ich habe wiederholt gesagt, die Einbringung einer solchen Mietenvorlage bedeutet für unsere Volkswirtschaft an sich ein Übel. Ich habe das in wiederholten Reden gesagt, die auch publiziert wurden. Denn ein solches Mietengesetz wirkt Unruhe in unsere Volkswirtschaft. Ich habe das mit einem Steinwurf in einen Teich verglichen, der bewirkt, daß bis zu den letzten Rändern hinaus die ganze Oberfläche des Wassers erschüttert wird. Das geschieht, wenn ich die Mietzinse erhöhe. Ich habe da auf das volkswirtschaftliche Phänomen der Überwälzung hingewiesen, darauf, daß jede solche Erhöhung das Bestreben zur Überwälzung hervorruft. Ich habe dargetan, daß der erhöhte Lohn früher oder später auf den Unternehmer überwälzt werden muß, daß er dort in die Produktionskosten des Produktes eingeht, daß diese wieder in den Preis des Produktes eingehen, daß infolgedessen alle Produktpreise sich mit der Zeit erhöhen müssen. Ich habe weiter darauf hingewiesen, daß bei einzelnen Geschäftszweigen diese Überwälzung sich doppelt und dreifach geltend macht, zum Beispiel beim etablierten Kaufmann. Der Kaufmann muß einmal seine Wohnung auf die Geschäftslasten überwälzen, dann die Miete des Geschäftslokals; er muß die Wohnungen aller seiner Angestellten überwälzen, und er muß drittens die erhöhten Produktpreise aller verkauften Produkte überwälzen. Der städtische Kaufmann, der nicht in seinem eigenen Hause wohnt, hat also eine dreifache Überwälzung zu vollziehen. Herr Kollege Partik, ich weiß nicht, ob Sie sich darüber jemals ganz Rechenschaft gegeben haben. Es schwebt Ihnen doch in der Regel derjenige Kaufmann vor, der im eigenen abgezahlten Hause wohnt. Wenn Sie aber den Kaufmann nehmen, der sowohl seine Wohnung als auch sein Geschäftslokal gemietet hat, der diese zwei Überwälzungen zu vollziehen hat, dann die Wohnungssteigerungen aller seiner Gehilfen und am Ende die Produktsteigerung, so müssen Sie zugeben, daß dieser Kaufmann mit den Preisen bedeutend in die Höhe gehen muß.

Ich bitte nun, dieses Überwälzungsphänomen sich einmal auf die Stadt Wien durchzudenken. Sie werden sagen, als Sozialdemokrat bin ich nicht verpflichtet, mir den Kopf des Wiener Bürgertums zu zerbrechen. Aber Sie entschuldigen, ich bin schon gewohnt, die Dinge tunlichst von allen Seiten anzuschauen. Für die Stadt Wien bedeutet es einen Zustand, wo jedes zweite, dritte große Geschäft gesperrt werden muß. Das ist meine innerste Überzeugung. Und zwar aus folgendem Grund: Ja, wenn Sie unter den alten Voraussetzungen leben würden und eine große zollpolitisch geschützte Gemeinschaft hätten, wo man die Preisbildung rein im Inlande vollzieht, dann könnten Sie sagen, das wird einfach überwältigt und wird aufgenommen. Aber nun stehen Sie doch vor der Tatsache, daß die Ausländer, die Tschechen, Ungarn, Jugoslawen, die Reisenden von auswärts für die große Zahl der besseren Geschäfte Wiens entscheiden. Die stehen aber nicht unter der Fuchtel unserer eigenen Gesetzgebung, die richten sich nach Weltmarktpreisen. Die Folge davon ist, daß die Stadt Wien die teuerste Stadt wird und daß die Fremden, die wir hereingezogen haben, weil wir billig sein konnten, ausbleiben werden und die Stadt Wien geschäftlich viel mehr veröden wird, als es bisher der Fall war. Das ist nun das Entscheidende, worüber Sie sich draußen in Baden, in Steiermark usw. keine Rechenschaft geben, was Ihnen aber erklärt, warum die geschlossene Zweidrittelmajorität sich so entschieden dagegen wendet: weil sie das Gefühl hat, daß die ganze internationale wirtschaftliche Stellung von Wien dadurch erschüttert werden kann.

Das ist das Überwälzungsphänomen auf der einen Seite. Außer dieser materiellen Überwälzung gibt es dann aber auch eine rechtliche Überwälzung durch Beispielsfolgerung. In dem Augenblick, wo ich anfangs aufzuwerten, wo ich den Hausbesitz aufwerte, muß ich die Hypotheken aufwerten, in dem Augenblick, wo ich die städtischen Hypotheken aufwerte, wird die Frage der ländlichen Hypotheken beweglich. Dann kommt die Frage der Sparkasseneinlagen, dann kommt die Frage aller Spargelder überhaupt, dann kommt die Frage der Staatsrenten. Glauben Sie, daß in einer solchen Gemeinschaft, die so eng beisammenwohnt wie bei uns, eine solche rechtliche Änderung nicht bedeutende Wirkungen auf die anderen haben muß? Sie muß sie haben. Und dann kommen wir durch die Beispielsfolgerungen der einmal vollzogenen Aufwertung in eine Unruhe unserer Volkswirtschaft, sowohl rein ökonomisch als auch politisch, daß unser ganzes Wirtschaftsleben wieder chaotisch werden kann.

Der Herr Abg. Pistor ist leider nicht da, ich komme jetzt dazu, die Schlussfolgerung zu ziehen. (Rufe: Er ist da!) Da ergibt sich nun folgende

Schlussfolgerung: Ich kann und soll das Kleinrentnerproblem und das Problem der verarmten Hausbesitzer nicht als generelles Aufwertungsproblem fassen, sondern wie meine Partei das Kleinrentnerproblem immer gefaßt hat: als eine Verpflichtung des Staates, nicht die Großrentner aufzuwerten, nicht den großkapitalistischen Hausbesitz aufzuwerten, sondern soweit einer durch die Kriegswirkungen im kleinen Schaden erlitten hat und in Bedrängnis kommt, so soll es sein Recht sein, hier Ersatz zu bekommen. Genau so wie die Gemeinde Wien es mit ihren Obligationen gemacht hat, indem sie die Rentner klassifiziert und den Kleinrentnern geholfen hat. Die generelle Aufwertung aber, vollzogen am Hausbesitz oder an einer anderen Sache, bedeutet eine absolute Beunruhigung der Volkswirtschaft. Dagegen habe ich mich gewendet. Es ist also zwischen meiner Haltung in der Kleinrentnerfrage und jener in der Mietenfrage kein wie immer gearteter Widerspruch.

Und nun hat Herr Abg. Pistor versucht, allen Verdacht des Bolschewismus von sich abzulenken. Ich meine Bolschewismus unter Anführungszeichen, ich glaube nicht, daß er ein heimlicher Adept Lenins ist, aber ich meine den Bolschewismus in ihrem Sinne, der sich in der Staatseinnischung ausdrückt. Er hat im wesentlichen gesagt, ich bin nur ein Gegner des Konsumbolschewismus, aber ich bin für den Produktionsbolschewismus — wenn nämlich Staatseinnischung schon Bolschewismus heißt —, eine Unterscheidung, die dazu dienen soll, eine Staatseinnischung in der Gestalt der Subventionen zu rechtfertigen. Er sagt: Ich bin gegen jede Konsumsubventionierung, ich bin aber für eine Produktionssubventionierung. Dazu möchte ich folgendes bemerken: Diese Unterscheidung klingt sehr plausibel, sie hat für sich den populären Schein, wenn man nicht wüßte, daß ja der Konsum des Arbeiters und die Konsumkosten des Arbeiters auch wieder in die Produktion eingehen müssen. Schon einer der ältesten Nationalökonomien, weit vor Marx, William Petty, ein Engländer, sagt: „Wer Lohn sagt, der sagt Lebensmittel.“ Und umgekehrt: Wer Lebensmittel für den Arbeiter sagt, der sagt auch Arbeitskraft, und es ist eine der nationalökonomischen Errungenschaften der allerletzten Zeit, die besonders mit den großen Neuschöpfungen auf angelsächsischem Boden, mit den großen Instituten im Zusammenhang steht, die zur Erforschung der Arbeitsphysiologie und Arbeitspsychologie eingerichtet worden sind — wofür ja besonders in London ein Institut besteht, das aufsehenerregende Arbeiten geleistet hat —, daß die Leistungsfähigkeit des Arbeiters ganz wesentlich von der Menge und Art der Nahrung abhängt, daß also eine bestimmte Menge von rasch verdaulicher Eiweißnahrung, die in Amerika erzielt wird, die Voraussetzung dafür ist, daß die amerika-

nischen Produktionsziffern so hoch sind. Dafür sorgen, daß die Arbeiterklasse entsprechend genährt ist, heißt dafür sorgen, daß die Produktion leistungsfähig ist, und in einer Zeit der Rationalisierung ist das oberste Gesetz der Rationalisierung, den Arbeiter ausreichend und rationell zu ernähren. (*Beifall und Händeklatschen.*) Das oberste Gesetz der Rationalisierung ist, die Arbeiterklasse kräftig und willig zu machen, und das wird sie nur, wenn sie gesund und kräftig genährt ist.

Nun ist es eine Frage, ob ich damit nur die Produktion subventioniere, wenn ich von Staats wegen Zölle einführe. Was tue ich — und da ist ein wichtiger Unterschied zwischen unserer und Ihrer Auffassung —, was tue ich denn damit, wenn ich die Zölle erhöhe? Ich schaffe Staatseinnahmen auf der einen Seite, ich belaste auf der anderen Seite alle Arbeitslöhne, alle Konsumenten in gleicher Weise und verteuere damit das ganze Wirtschaftsniveau. Das ist die Folge indirekter Subvention. Wohl darf ich direkt subventionieren. Darum haben wir gesagt: gebt doch dem Landwirt, der eine bestimmte Leistung in bezug auf das Vieh erzielt hat, Aufzuchtprämien, Mastprämien, gebt sie ihm direkt und deckt sie im allgemeinen aus dem Staatshaushalt! Und was die Getreidezölle anbelangt — gebt dem Bauern direkt auf Grund einer gemeinsamen Bewirtschaftung den Preis, den er braucht, um zu produzieren, aber belastet nicht den allgemeinen Konsum damit, weil diese allgemeine Konsumbelastung eine Vorbelastung der gesamten Produktion, eine Vorbelastung der Industrie ist und weil sie selbstverständlich die Wirtschaft nicht melioriert, nicht rationalisiert, sondern irrationell gestaltet! Wenn man also Produktionssubventionen geben will, kann man es tun, und in jedem Staatswesen kommen diese Dinge vor. Prinzipiell sind wir ja eben keine Manchesterliberalen, die sagen, wir wollen sie nicht geben; aber wir wollen sie in einer solchen Weise geben, daß nicht die ganze Wirtschaft belastet wird. Nun aber ist das populäre Schlagwort von „Produktionssubventionierungen — ja, Konsumsubventionierungen — nein!“ deshalb falsch: Wenn der Staat schon den Konsum nicht subventioniert, um so weniger darf er den Konsum umgekehrt belasten und verteuern; hier aber verteuert der Staat durch seine Maßregel direkt den Konsum.

Nun möchte ich noch einige Kleinigkeiten vorbringen. Der Herr Abg. Pistor hat da etwas erzählt von Kohlennot, von einem Extrazug usw. Ich weiß nicht, welchen Bezug das haben soll. Vielleicht ist das eine der bekannten Lügen, die einmal meine Tochter betroffen haben, daß sie vom Semmering mit einem Extrazug heruntergefahren ist. Ich habe längst festgestellt, daß sie nicht oben war, daß sie nicht heruntergefahren ist und keinen Extrazug gehabt hat. Sonst ist alles wahr. (*Heiterkeit und Beifall.*)

Oder der Herr Abg. Pistor spielt darauf an, daß ich seinerzeit als Kanzler über Beschluß des Kabinettsrates eine Fahrt an die Landesgrenze gemacht habe, um dort jemanden zu treffen, daß ich dort eingeknecht worden bin, am nächsten Tage Kabinettsrat hatte und zurückkommen mußte; da ich mit dem Auto nicht zurückkommen konnte, habe ich mich und das Auto samt und sonders aufgeladen, um am nächsten Tage daheim zu sein. Ich glaube, damit pflichtgemäß gehandelt zu haben, und wenn jemand die Striene hat, das als Luxus oder Leichtsinns- oder Verschwendung hinzustellen, muß ich diese Unterstellung auf das entschiedenste zurückweisen. (*Beifall.*) Die Männer, die in den drei Kabinetten Renner von 1918 bis 1920 gedient haben, sie haben oft nicht einmal ein rechtsschaffenes Butterbrot am Abend essen können und haben sich nicht beklagt; ich werde nicht zulassen, daß ich oder jemand anderer beschimpft wird, als ob wir in irgendeiner Weise selbstisch oder verschwenderisch gehandelt hätten. (*Lebhafter Beifall.*)

Dann ist etwas vom Obmann eines Ausschusses gesagt worden: unbestimmte Andeutungen, die ich mir gar nicht reimen kann, die gar nichts mit mir zu tun haben, mir ganz unverständlich sind und nur die Absicht haben können, irgend jemandem in unbestimmter Weise etwas anzuhängen. Dann ist etwas von Herrn Moisl und Bettgenossenschaft gesagt worden. Ich konstatiere, daß ich Herrn Moisl nicht kenne, daß ich mit Herrn Moisl schon deshalb keine Bettgenossenschaft eingehen will, weil ich sie nicht einmal mit Herrn Pistor will, noch viel weniger mit Herrn Moisl, der noch um einen Grad mehr pistorisch ist. (*Heiterkeit und Beifall.*) Das sind alles Dinge, die vorgebracht werden, um zu verächtigen.

Dann dieses große Argument! Ich weise zurück die Beschuldigung, daß ich als Kanzler den Pantoffel des Siegers geküßt hätte. Ich weise das mit aller Entschiedenheit zurück. Unsere ganzen Verhandlungen, die wir geführt haben, haben wir immer unter dem Beistand von Vertretern der anderen Parteien geführt, und obwohl die Deutschnationalen damals nicht in der Regierung waren, haben wir dennoch ihre Vertreter aufgefordert, mit uns nach Saint Germain zu gehen und unsere Verhandlungen zu kontrollieren. (*Rufe: Schönbauer!*) Alle diese Dinge, die da behauptet worden sind, sind glatt erfunden und ganz offenbare und ungehörige Entstellungen, die ich mit aller Entschiedenheit zurückweisen muß.

Dann ist etwas gesagt worden, was wirklich eine kühne Kombinationsgabe voraussetzt. Vor zehn Jahren war nicht ein Herr Alice, sondern Herr Alize in Wien französischer Gesandter, und als Kanzler hatte ich mit dem französischen Gesandten und auch mit der französischen Regierung zu tun und hatte selbst-

verständlich die im internationalen Verkehr übliche Höflichkeit auch gegen französische Regierungschefs von damals zu bekunden. Ich bin mir nicht bewußt, daß damals in den Verhandlungen mit der französischen Regierung irgendwie der Mieterschutz eine Rolle gespielt hätte. *(Zustimmung.)* Wir haben darüber nicht das geringste Wortlein getauscht und der Mieterschutz war deshalb kein möglicher Gegenstand der Erörterung, weil damals in Österreich so wie in Frankreich in genau derselben Weise ein sehr strenger Mieterschutz bestanden hat. Was hat also Herr Mize, genannt Alice, ich wußte nicht, was mit dem Femininum gemeint sei. Mize war aber kein Femininum, sondern ein sehr wirksames Maskulinum in der Politik — was hat also Herr Mize damit zu tun? Ich habe der französischen Regierung, dem französischen Staate meine Sympathien ausgedrückt. Das ist keine neue Sache; ich habe die Republik immer als eine bessere und in der Geschichte erfolgreichere Staatsform angesehen. Sie war auch im Weltkrieg erfolgreicher als die österreichische Monarchie. Wir haben also gar keinen Grund dafür, über Frankreich als Republik oder über die französische Regierung, zumal sie als Siegerregierung mir gegenübergestanden ist, irgendwelche Bemerkungen oder sonst etwas zu machen. Und nun sagt Herr Pistor: Ich habe diese Regierung anerkannt. Ja was denn sonst? Was hat das mit dem Mieterschutz zu tun? Und nun sagt Herr Pistor, es ist bekannt, daß die französische Republik eine von einer bürgerlichen Regierung beherrschte Republik ist und daß Poincaré ein entschlossener bürgerlicher Staatsmann ist — nach meinem Gefühl ein reaktionärer Staatsmann, weit aus kein Sozialdemokrat. Es ist nie von ihm etwas anderes zu erwarten gewesen, als daß er bürgerlich ist. Die französische Regierung ist also bürgerlich. Aber das ist nun das Charakteristische, daß diese französische bürgerliche Regierung, in ihrer großen überwältigenden Mehrheit auch privatrechtlich orientiert und manchesterliberal eingestellt, dennoch den Beschluß gefaßt hat, von Staats wegen 250.000 Wohnungen zu bauen. Das ist eine Tatsache, die dieses Gefasel vom Wohnungsabolschewismus usw. aus der Welt schafft und die Ihnen zeigt, daß Sie hier von einer gottverlassenen, ökonomisch ganz ununterrichteten Presse — mit wenigen Ausnahmen, die immer die Regel bestätigen — so erzogen werden, als wäre ein Eingriff in das Privateigentum an sich eine Sünde. Ja, überall und allenthalben mehrten sich diese Eingriffe. Die Gemeinwirtschaft ist im Fortschreiten. Der Besitz ist auf Grund der deutschen Reichsverfassung so gestellt, daß er verpflichtet. Und wenn wir nun an die Pflichten des Besitzes appellieren, so tun Sie so, als wenn wir die menschliche Gesellschaftsordnung untergraben wollten. Das ganze Niveau der Behandlung dieser Frage ist das was erbittern muß.

Der Herr Pistor wird es mir verzeihen; ich habe ihn früher nicht gekannt und gedenke auch weiter mich nicht persönlich mit ihm zu befassen. *(Pistor: Das beruht auf Gegenseitigkeit!)* Ich hoffe! Er war mir gar nichts anders als der Typus des sozial vollständig ununterrichteten, für soziale Zusammenhänge vollständig verständnislosen Eigentumsfanatikers aus den vierziger Jahren des vorigen Jahrhunderts. Als solcher muß er behandelt werden, und er darf sich also nicht beklagen, daß ich ihn als eine Reliquie aus alter Zeit darstelle, als ein Exemplar, das es sonst nicht mehr gibt, das man dem In- und Auslande mit den Worten vorstellen kann: Seht, hier ist ein walddürsprüngerlicher Manchesterliberaler! Das habe ich getan. Das ist eine, glaube ich, ganz höfliche, aber gründliche Charakterisierung.

Wenn ich mich darüber gewundert habe, daß er zugleich die Funktion eines Verwaltungsrates einer Versicherungsgesellschaft bekleidet und zugleich Vertreter der ländlichen Interessen der Weststeiermark, das heißt eines Gebietes ist, in dem die gesamte Bauernschaft außerordentlich leidet und kein anderes Interesse hat, als daß die Industriearbeiter verdienen und leben, damit die Bauern verkaufen können — denn an die Wiener Hausbesitzer verkauft kein weststeirischer Bauer —, wenn ich das sehe, so sage ich mir: liegt hier ein Fall vor, den man ganz einfach als Inkompatibilitätsfall bezeichnen kann, als Fall einer politischen Inkompatibilität. Ich behaupte, das ist ein solcher Fall, und ich bleibe dabei. Daß dieser Inkompatibilitätsfall nicht gesetzlich erfaßt ist, ist etwas anderes, aber politisch liegt er vor. Ich kann nicht zugleich im Verwaltungsrat einer großkapitalistischen Versicherungsanstalt sitzen und zugleich Vertreter der kleinbäuerlichen Interessen der Weststeiermark sein. Wenn er sagt, ich bin Verwaltungsrat, das ist so gut wie ein Betriebsrat, so muß ich sagen, nein *(Heiterkeit)*, es ist nicht dasselbe. Wir verlangen wohl, daß Betriebsräte in den Verwaltungsrat zur Kontrolle kommen, aber wir möchten nicht, daß die Verwaltungsräte Betriebsräte werden. *(Lebhafte Heiterkeit.)* Das ist etwas anderes. Ich bin also sicher, daß alle Mißverständnisse aus der Welt geschafft sind und daß jedermann weiß, inwiefern ich qualifiziert bin, wissenschaftlich und politisch über diese Frage zu sprechen. Die Qualifikation durch Herrn Pistor brauche ich nicht, sie kommt für mich nicht in Betracht. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)* — Während vorstehender Rede hat Präsident Miklas den Vorsitz übernommen.)

Präsident: Zum Worte gelangt der Herr Abg. Sever. Ich erteile ihm das Wort.

Sever: Herr Präsident! Ich möchte bitten, damit ich meine Rede nicht unterbrechen muß, mir zu gestatten, erst morgen mit derselben anzufangen.

Präsident: Wenn das hohe Haus mit Rücksicht auf den Umstand, daß der Herr Abg. Sever längere Zeit zu sprechen beabsichtigt, nichts dagegen hat, werde ich diesem Wunsche Rechnung tragen, denn sonst müßte ich vereinbarungsgemäß bis 7 Uhr die Sitzung fortsetzen. *(Nach einer Pause.)* Es ist kein Einwand dagegen.

Zugewiesen werden: Regierungsvorlagen B. 218 dem Ausschuß für Handel, B. 219 dem Ausschuß

für soziale Verwaltung, Antrag Nr. 174 dem Justizauschuß.

Nächste Sitzung: Donnerstag, den 11. Oktober, 2 Uhr nachm. Tagesordnung:

Fortsetzung der ersten Lesung der Regierungsvorlage, betr. die Mietengesetznovelle (B. 192).

Schluß der Sitzung: 6 Uhr 35 Min. abends.